

## DRINGLICHKEITSANTRÄGE

### 1) Verpflichtende Sprachstandserhebungen bereits bei 3-jährigen Kindern

GR. **Hohensinner**, GRin. Mag.<sup>a</sup> **Ennemoser**, GRin. **Potzinger** stellen namens von ÖVP und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Mein dringlicher Antrag betrifft die Sprachförderung bei Kindern. Sprache und Bildung ist der eigentliche Motor der Integration. Erst durch den Spracherwerb gelingt es, Kindern und Jugendlichen gleiche Voraussetzungen in der Schule, im Beruf und auch im Privatleben zu ermöglichen. Besonders wichtig ist die zusätzliche Förderung des Spracherwerbs in den ersten Lebensjahren. Gerade im Kindergartenalter werden die Weichen für die sprachlichen Kompetenzen gelegt. Durch Sprachstandserhebungen können Pädagoginnen und Pädagogen individuelle Förderpläne erstellen und den Spracherwerb in einem Ausmaß fördern, wie es im späteren Leben nie mehr möglich ist.

Die Sprachstandserhebung, die gibt es ja bereits in der Steiermark, wird in den Kinderbetreuungseinrichtungen durchgeführt, aber da werden eben Fragebögen erhoben bei den Kindern zwischen 4 und 5 Jahren. Laut der Studie 2010 benötigen steiermarkweit 15 % der Kinder konkrete Sprachförderungen, 44% der Kinder mit erhöhtem Sprachförderbedarf haben Deutsch als Muttersprache, 56% der Kinder mit Förderbedarf haben eine andere Erstsprache als Deutsch und erlernen Deutsch als Zweitsprache.

Die Grazer Auswertung zeigt den höchsten Handlungsbedarf. 22 Prozent aller Kindergartenkinder brauchen im sprachlichen Bereich Unterstützung, da ist es ein bisschen anders verteilt, 16 Prozent dieser Kinder hatten Deutsch als Erstsprache, 84

Prozent als Zweitsprache, das ist auch darauf natürlich zurückzuführen, dass Graz ein Ballungsraum ist.

In der Sprachstandserhebung des Jahres 2010 wird ein alarmierendes Ergebnis aufgezeigt, welches aus Sicht der Expertinnen und Experten einen klaren politischen Auftrag ableitet: Die Sprachstandserhebung muss noch früher durchgeführt werden, um bei konkretem Bedarf bereits bei Dreijährigen mit dem Kindergarten und der damit verbunden speziellen Sprachförderungen unterstützen zu können.

Namens des ÖVP- und des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Landesgesetzgeber wird über den Petitionsweg aufgefordert, eine verpflichtende Sprachstandserhebung für alle Dreijährigen (vor dem jeweiligen Betreuungsjahr) gesetzlich im Steiermärkischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz zu verankern und die dafür erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen.

Ist ein sprachlicher Förderbedarf gegeben, soll dem jeweiligen Kind bereits mit drei Jahren ein Kindergartenplatz bereitgestellt und damit eine Sprachförderung ermöglicht werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr<sup>in</sup>. **Richter-Kanik** zur Dringlichkeit: Als SPÖ finden wir das Thema sehr dringlich. Es wird ständig geredet, dass die Kinder, wenn sie Volksschule oder Hauptschule kommen, dass sie die deutsche Sprache nicht beherrschen. Ich wünsche mir auch, dass jedes Kind ab drittem Jahr einen Kindergartenplatz haben soll, aber für mich ist der Kindergarten nicht nur für die Sprachentwicklung fördern, sondern in allen anderen Entwicklungsbereiche auch, zum Beispiel Motor oder soziale Bereiche. Es ist in Graz gefunden worden, dass 85 % von 22 % Kinder mit

Migrationshintergrund. Wir sind leider immer defizitorientiert, wenn wir diese Kinder auch in ihrer Muttersprache getestet hätten, hätten wir diese Ergebnisse gefunden. Für mich ist diese Sache inhaltlich nicht genug. Ein Kindergartenplatz ist für die Sprachförderung wichtig, aber nicht genug. Wenn die Raumbedingungen durchaus, auch geschrieben, genug Personalressourcen da sein sollen, aber ich kenne sehr viele Kinder, die ab drei Jahren im Kindergarten waren und fast ohne Deutschkenntnisse zur Volksschule gekommen sind, weil die PädagogInnen in diese Richtung nicht gut geschult sind. Ich finde, dass besonders in Ausbildung von KindergartenpädagogInnen in diese Richtung etwas gemacht werden soll, das fehlt immer noch und ich finde auch, dass man diese Kinder auch in ihrer Muttersprache unterstützt werden sollen. Die Muttersprache ist die Basis für die andere Sprache und diese Kinder finde ich von ihrer Familie sehr gut unterstützt. Die andere Sache ist für mich, mit welchem Instrument sind sie gemessen im Grund genommen und wer hat getestet? Ich habe gehört, ich habe diese in Ihrem Antrag durchgeführt hat, diese Internetseite habe ich gelesen die Forschungsergebnisse und ich habe auch von den zuständigen Personen gehört, dass sie mit dem Dolmetscher gearbeitet haben. Für solche Erhebungen, wenn man machen müsste, ich bin Psychologin, aber ich bin kein Freund von Testen, das muss ich auch ehrlich sagen. Für die Testung braucht man andere Raumbedingungen und ob sie für diese Raumbedingungen für die Kinder geschaffen haben, das frage ich mich. Wenn solche Sachen von vorneherein für die Kinder geschaffen werden soll, dann bin ich auch dafür, aber mit diesem Inhalt, ich muss ehrlich sagen, ich bin dagegen mit dem Inhalt, aber die Sache ist dringlich, als SPÖ sagen wir für die Dringlichkeit ja, aber für den Inhalt, weil so oberflächlich geschrieben ist, deswegen sagen wir nein (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann**: Danke Nuray für diese Beschreibung. In Teilbereichen werde ich mich auch ein bisschen wiederholen, weil wir sehen das ähnlich, wir werden diesem Antrag jedoch zustimmen, und Kurt hat ja auch schon im Vorfeld signalisiert, dass er mit mir

gemeinsam dranbleiben wird, dass diese Testungen sinnvoll und von guten Menschen auch gemacht werden und auch geschaut werden, dass mit diesen Ergebnissen nicht diskriminierend umgegangen wird. Wir werden da herinnen keinen Fachdiskurs führen über die Testungen, jedenfalls müssen wir hier aber sicherstellen, dass es zu keinen missbräuchlichen Verwendungen der Testergebnisse kommt, vor allem zu keinen Diskriminierungen. Interessant wäre natürlich zu wissen, um welche konkreten Testverfahren es sich handelt. Es gibt Instrumente, die eine Sprachstandsfeststellung in dem Alter von drei Jahren ermöglichen können, sie konzentrieren sich aber immer wieder auf bestimmte Sprachenbereiche und man kann damit nie eine gesamte Sprachkompetenz eines Kindes in diesem Alter diagnostizieren. Die Frage ist also, wer diese Sprachstandserhebungen durchführt, KindergartenpädagogInnen, so gut sie geschult sind, sind in der Regel dafür nicht ausgebildet in diesem Bereich und dementsprechend auch überfordert, quasi auch einen Test durchzuführen und ihn auch zu interpretieren und die Daten auszuwerten. Eine weitere Frage wäre auch, was mit den Kindern geschieht, die bei solchen diagnostischen Tests schlecht abschneiden, bleibt es bei einer Hilfestellung oder gibt es dann verpflichtende Kurse oder Unterstützungen? Wir sehen diesen Vorschlag durchaus kritisch, werde aber unterstützen, vor allem auch, weil es eine ambitionierte Initiative ist. Fragen, die offen bleiben und die ich jedenfalls auch mit meinen KollegInnen im Landtag besprechen werde, sind, welche Tests oder welche Testungen werden durchgeführt, welche sprachlichen Teilbereiche werden damit überprüft, wie valide ist dieses Testverfahren, wer führt die Tests durch und, nicht zum Schluss und ganz wichtig, mit welchem Ziel werden diese Tests durchgeführt? Wie gesagt, wir werden diesem Antrag von Kurt Hohensinner zustimmen, jedoch inhaltlich werden wir die Kollegen und Kolleginnen vom Landtag informieren und mit ihnen gemeinsam erarbeiten, dass die Prüfung und dadurch auch diese Unterstützung für Kinder, die mit drei Jahren noch nicht ausreichend die Sprache, und dabei geht es nicht nur um die deutsche Sprache, wir wissen ja, dass die Mutter- oder Vatersprache entscheidend ist für den Spracherwerb auch der deutschen Sprache, dass man das mit ihnen gemeinsam auch intensiv erarbeitet. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt darf ich voraussetzen, dass wir ja auch eine Mehrheit für die Dringlichkeit des Antrages haben, deswegen darf ich gleich jetzt wieder weitere Wortmeldungen dann auch zulassen.

GR. Mag. **Mariacher** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn zum Thema Integration die Grünen einen Antrag der ÖVP unterstützen, dann muss man gemeinhin schon ein bisschen vorsichtig sein, ob hier das gleich gelesen wird und ob die Anträge wirklich genau formuliert worden sind. Das Problem ist klar von vielen Studien auch aufgezeigt, dass eben Kinder, besonders von Migranten, sehr schlechte Deutschkenntnisse haben und dass man sehr früh beginnen muss, hier entsprechend etwas zu unternehmen. Dem Motivenbericht stimme ich grundsätzlich zu, mir fehlt es an Präzision des Antrages und vor allem, wie es der Kollege Baumann gesagt hat, an der Zielsetzung. Wenn der Kollege Baumann meint und gesagt hat, dass es nicht nur um die deutsche Sprache geht, so werde ich einfach hellhörig und denke mir, hoppla, um was soll es denn sonst gehen? Es kann ja wohl nicht gehen hier in unserem Schulwesen, ob das Spracheniveau im Kroatischen, im Albanischen oder im Russischen oder im Ukrainischen ausgeprägt ist, sondern hier geht es darum entsprechend unserem Bildungswesen zu absolvieren und das passiert auf der deutschen Sprache, die ja auch bei uns Stadtsprache ist. Daher geht es darum, was passiert nach dieser Testung, es geht um die Sprachförderung zum schnelleren und besseren Erlernen der deutschen Sprache und dieser Fortschritt, dieser Lernfortschritt, der ist entsprechend nachher zu evaluieren, zu kontrollieren und nachzuweisen, dass diese Förderung, die hiermit verbunden ist, dieser Geldeinsatz des Steuerzahlers wirklich hier auch zu einer Verbesserung der Situation beigetragen hat und daher stelle ich als unabhängiger Gemeinderat folgenden Abänderungsantrag, dem ich zum zweiten Absatz des Antragstextes in Folge. Der letzte Absatz des Antrages soll wie folgt abgeändert werden: Ist ein sprachlicher Förderbedarf in der deutschen Sprache gegeben, soll dem jeweiligen Kind bereits mit

3 Jahren ein Kindergartenplatz bereitgestellt und damit eine Sprachförderung zum schnelleren und besseren Erlernen der deutschen Sprache ermöglicht werden. Die Lernzielkontrolle zur Bemessung des Lernfortschrittes in der deutschen Sprache hat für jedes Kind, das in den Genuss dieser Förderung kommt, zumindest halbjährlich zu erfolgen und ist zu dokumentieren. Die daraus resultierenden Ergebnisse sind zumindest jährlich dem Gemeinderat zu berichten. Ich glaube, wenn das angenommen würde und ich bitte darum, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Dankesehr.

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorausschicken, dass wir als KPÖ dem vorliegenden Antrag zustimmen, ergänzend, würde ich gerne sagen, dass ich auch nicht argumentiere, was die Qualitätskriterien einer Sprachtests..., also was das anbelangt, dass das natürlich überprüft werden muss und Qualitätsstandards irgendwie einfließen müssen, das sehe ich als selbstverständlich an. Ich möchte nur auch noch ergänzen, was der Kollege Mariacher gesagt hat, er reduziert das ausschließlich auf migrantische Kinder, das ist falsch, die Studie belegt ja auch, dass im Prinzip der höhere Prozentanteil Kinder sind mit Deutsch als Muttersprache, das heißt, Sprachförderung betrifft eine Vielzahl von Kindern, und eigentlich wären Förderungen jeglicher Art auch immer wünschenswert für alle Kinder, es gibt unterschiedliche Förderbedarfsmaßnahmen. Ich möchte kurz eine Rückblende einfügen. 2008 ist argumentiert worden, durch den Gratiskindergarten schafft die Steiermark größtmögliche Chancengleichheit im Zugang zu elementarer Bildung für alle steirischen Kinder. Jetzt wissen wir, dass die ganzen Sparmaßnahmen, die jetzt mit Beginn des Jahres getroffen worden sind, zu

einem Aus des Gratiskindergartens geführt hat und natürlich damit eine Vielzahl an Fördermaßnahmen im Sinne und im Interesse aller Kinder gestrichen worden sind. Da waren natürlich SPÖ und ÖVP maßgeblich beteiligt und deshalb ist es natürlich aus meiner Sicht erstaunlich, dass jetzt die ÖVP durchaus einen Antrag einbringt, der ein bisschen zumindest wieder in eine Richtung geht, Fördermaßnahmen wieder umzusetzen, Unterstützung umzusetzen. Aus unserer Sicht ist es aber wichtig zu sagen, das Ziel immer eine gerechtere Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle Kinder sein muss und für mich also Sprachförderung nur ein ganz kleiner Teil an Fördermaßnahmen ist und das eigentlich nur ein kleiner Schritt wieder in eine richtige Richtung sein kann. Aber trotzdem stimmen wir dem vorliegenden Antrag in der vorgesehenen Form zu und werden dem Abänderungsantrag vom Gemeinderatskollegen Mariacher nicht zustimmen, weil ich aus meiner Sicht, Lernzielkontrolle im Gemeinderat zu beschließen, für etwas überzogen halte und die fachliche Qualifikation, unser aller fachliche Qualifikation, mich eingeschlossen, uns etwas überfordern würde, also würde ich sagen, dem vorliegenden der ÖVP stimmen wir zu, Abänderungsantrag vom Gemeinderatskollegen Mariacher nicht (*Applaus KPÖ*).

GR. **Potzinger**: Hohe Regierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Was Kollege Mariacher gesagt hat, zeugt leider von großer fachlicher Unkenntnis. Sowohl die moderne Hirnforschung als auch die Sprachwissenschaft belegen ganz deutlich, wie wichtig die frühkindliche Sprachentwicklung ist, die in erster Linie einmal sich bezieht auf die Erstsprache, die zu Hause gesprochen wird. Die Kinder müssen von Baby an zuerst einmal die Muttersprache, die Elternsprache erstklassig gut lernen. Es hilft auch nichts, wenn Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache, die nicht gut Deutsch können, in vorausseilenden Gehorsam sich bemühen, mit den Babys Deutsch zu sprechen, das wird ins Hirn eingebrannt, verursacht Spätschäden, die sich fortsetzen. Die Kinder

sollen zuerst einmal die Elternsprache erstklassig lernen und in einer weiteren Phase ab dem dritten Lebensjahr auch Deutsch sehr gut lernen, deshalb, liebe Nuray, bin ich eigentlich sehr enttäuscht von dir, dass du diesen Antrag nicht unterstützt, wir wollen nämlich, dass alle Dreijährigen zusätzlich zum Erwerb ihrer Muttersprache die Chance bekommen, bestmöglich gefördert zu werden, Deutsch exzellent so gut zu lernen, dass sie sofort bei Schulbeginn keine Defizite haben. Das ist der wesentliche Punkt und es stimmt vollkommen, dass es nicht nur um Kinder mit Migrationshintergrund geht. Ich sage nur die eine Zahl, die ich hier im hohen Hause schon einmal genannt habe, derzeit kann jeder vierte, jeder dritte 15-jährige Bub und jedes vierte 15-jährige Mädchen nicht sinnerfassend lesen. Nur jede zweite Person davon hat Migrationshintergrund. Die Wurzeln liegen in der frühen Kindheit, unser Antrag will beitragen, diese Situation wesentlich zu verbessern und, liebe SPÖ, bitte überlegt euch noch einmal, ob ihr wirklich den Taferlklasslern zur Schultüte und zur Schultasche den Sprachdefizitsrucksack umhängen wollt. Bitte stimmt auch zu (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr<sup>in</sup>. **Richter-Kanik**: Sissi, ich habe nicht gesagt, dass der Antrag schlecht ist. Ich habe gesagt, dass es ein sehr wichtiges Thema ist und das ist mein Anliegen. Ich kenne sehr viele, ich arbeite auch mit Kindern und ihren Eltern, und ich kenne sehr viele Kinder, ich habe auch vorher gesagt, die ab drei Jahren Kindergarten besucht haben, fast mit null Deutschkenntnissen in die Schule gekommen sind und dass wir in der Schule kämpfen müssen mit den Lehrern/Lehrerinnen. Und ich habe gesagt, es ist ein guter Antrag, aber oberflächlich, deswegen akzeptieren wir ihn halt nicht. Wir haben gesagt, dringlich ja, sehr wichtig, aber inhaltlich ist sehr kurz wahrgenommen deshalb und für mich ist der Kindergarten eine Bildungseinrichtung, der in alle Entwicklungsbereiche fördert. Ein Kind kann sehr gut Deutsch können, ob inländisch oder mit Migrationshintergrund, aber wenn mit dem Verhalten oder soziales Verhalten sich nicht entwickelt, dann kann in der Schule ganz machen. Ich will nicht



jetzt diese Entwicklungsbereiche diskutieren, die Sprache ist ein Teil und in der Sprache gibt es auch verschiedene Bereiche, aktive Sprachkenntnisse, passive Sprachkenntnisse. Wie sie messen, ich will auch nicht die Testungsdiskussion gehen, aber mit dieser Phase, man muss wirklich genau überlegen, wie man testet, mit welchem Testmaterial man testet, für mich sehr wichtig, ich habe als Dolmetscherin bei den Testungsverfahren und wie es rauskommt und wenn wir flächendeckend machen und es kann mit dem Dolmetscher schwer gehen, deshalb sage ich, man muss wirklich genau überlegen, wie man macht. Und der Kollege Mariacher, ich würde gerne etwas sagen, wir reden Steuergelder hin, Steuergelder her, die Kinder sind wichtiger als Steuergelder, sie haben gesagt, für jedes Kind investieren wir unsere Steuergelder. Für mich ist jedes Kind extrem wichtig, dass man über die Gelder nicht reden soll (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Danke für die angeregte Diskussion, dass man früher ansetzen muss, das war, glaube ich eine Stimme, die ich gehört habe aus diesem Gemeinderat. Ich möchte erzählen, ich war am Montag in der Alten Universität und da die neue Integrationslandesrätin Bettina Vollath hat die Steiermarkcharta zur Integration vorgestellt, die gesamte Landesregierung ist aufmarschiert, von der Grazer SPÖ habe ich niemanden gesehen, vielleicht auch nicht eingeladen, aber es war eine breite Zustimmung. Man hat dort ein Rahmenprogramm abgesehnet, alle Lebensbereiche wurden beschrieben, so wie die Nuray jetzt sagt, es war nichts Konkretes, aber man muss einmal anfangen und wir haben, liebe Nuray, einen konkreten Vorschlag. Dass wir uns bewusst sind, dass man nicht den gleichen Test anwenden kann wie bei Vier- und Fünfjährigen, wo jetzt angesetzt wird mit der Sprachstandserhebung, ist auch völlig klar, aber ich glaube, es ist ein bisschen vermessen, dass wir als Grazer Gemeinderat jetzt ein pädagogisches, psychologisches Modell kreieren da jetzt in einer Stunde, also das wäre vermessen. Ich glaube, wir sind uns einig, man muss früher ansetzen und wir müssen das bestmögliche Testmodell finden. Es ist auch

nicht so, dass man jetzt nur mit einem Kindergartenplatz fördern wollen, sondern es steht sehr wohl im Antrag drinnen, dass individuell gefördert werden soll, nur so abschließend, und an den Kollegen Mariacher nur so viel, ich empfehle dir, dass du zuerst einen Antrag liest, dann überlegst und dann gegebenenfalls einen Abänderungsantrag bringst. Nur das, was du heute da an Fachlichkeit vorgebracht hast in den pädagogischen Bereich reinspielend, das war nicht aus meiner Sicht nachvollziehbar. Danke (*Applaus ÖVP*).

***Der Abänderungsantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.***

## **2) Permanente Veranstaltungswiese“ auf dem „Ackern“-Areal**

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Stadtsenatsmitglieder! In meinem dringlichen Antrag, geht es um das Thema einer permanenten Veranstaltungswiese auf dem, glaube ich, jeder Gemeinderätin, jedem Gemeinderat hier bekannten Ackern-Areal. Viele von euch können sich sicher erinnern, dass dieses Thema ja nicht heute zum ersten Mal hier in diesem Haus behandelt wird. Ich darf nur daran erinnern und habe ein bisschen nachgeforscht und bin auch fündig geworden in einem alten Protokoll des Amtsblattes der Landeshauptstadt Graz vom August 2000, wo damals ein gewisser Gemeinderat Pöllibauer von der FPÖ an den damaligen Stadtrat Mag. Nagl auch in der Fragestunde die Frage gestellt hat, ob er

nicht bereit wäre, dafür zu sorgen, dass Graz endlich eine Veranstaltungswiese bekommt. Also das liegt doch schon eine gewisse Zeit zurück. Ich darf aber in die jüngere Vergangenheit zurückkehren und habe selbst im Juni 2006, auch im Zuge einer Gemeinderatssitzung dieses Thema hier zur Sprache gebracht. Wie wir alle wissen, leidvoll, ist es nach wie vor ein offenes Problem, dass Graz eben nach wie vor keine entsprechende Veranstaltungswiese hat, ich denke hier insbesondere, und wir haben ja vor allem jene Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, die auch in den Bezirken aktiv sind, wissen ja das Leid, einmal findet hier in diesem Nahbereich eine Veranstaltung statt, mitten im Wohnviertel, dann gibt es wieder Veranstalter, die nach einer Veranstaltungsfläche suchen, gerne in Graz was machen würden, nichts finden. Und wir wissen es ja selber, wenn wir hier durch die Stadt gehen und die Bewerbungen für verschiedene Veranstaltungen uns anschauen, einmal findet auf dem Messeareal was statt, dann findet in der Alten Poststraße was statt, dann findet in der Fröhlichgasse was statt und, und, und. Und zum Teil, wie gesagt, nicht nur für die betroffene Bevölkerung, die dort rundherum beheimatet ist, sondern auch für den Veranstalter, der den Grazerinnen und Grazern was bieten will, auch ein unheimlicher Hürdenlauf mit dem Ergebnis, und das kommt nicht von ungefähr, dass natürlich Flächen in Graz-Umgebung, ich denke hier an das Schwarzl-Freizeitzentrum und, und, und, hier natürlich boomen und Veranstalter natürlich gerne dorthin gehen, wo sie ein entsprechende Infrastruktur vorfinden. Und jetzt gäbe es einen entsprechenden Bereich, nämlich dieses bekannte Ackern-Areal, was noch dazu den großen Vorteil hätte, dass es erstens der Stadt Graz gehört beziehungsweise in der GBG zwischengeparkt ist, das heißt im Klartext, wir brauchen nicht lange versuchen, verkauft überhaupt der Eigentümer dieses Areal, sondern wir könnten direkt hier auf dieses zurückgreifen und zugreifen. Es liegt mit Ausnahme der wenigen Wochen, wo die Ackern-Veranstaltung stattfindet, brach, heißt im Klartext, null Einnahmen für die Stadt Graz selber. Es gibt zwar den einen oder anderen Anrainer, der sich natürlich auch schon aufgeregt hat, wie er von dieser Idee gehört hat oder auch von der Idee der ÖVP, die ja ähnliche Ideen hatte und hat, nämlich dort ein Veranstaltungszentrum zu machen, wo man das Uni-Viertel etwas entlasten möchte und also feier- und

trinklustige Studentinnen und Studenten hier nach Puntigam bringen möchte, ist, wie gesagt, nicht mein Vorschlag, der Vorschlag der ÖVP. Mein Vorschlag geht, wie gesagt, diesbezüglich weiter, nicht nur jetzt hier Hütteln und Stände, sondern eben auch die Möglichkeit, dass hier entsprechende Veranstaltungen von Fischmarkt, Fetzenmarkt, Zirkus, Vergnügungspark, Lunapark, was immer, sich auf diesem Sektor anbieten würden. Zum anderen ist es so, dass vielleicht der eine oder die andere Sorge haben könnte, dass irgendwann doch dieses geplante und vorgesehene Park-and-Ride-Haus auf diesem Areal errichtet werden könnte, auch hier besteht nicht wirklich ernsthafte Sorge, dass dann die Veranstaltungswiese wieder weichen müsste, weil wir haben insgesamt 45.000 m<sup>2</sup> zur Verfügung und es würden sich sicherlich beide Dinge hier auf diesem Areal realisieren lassen. Einerseits, wie gesagt, dieses mögliche Parkhaus, das hier schon in Planung war, und zum anderen auch die Veranstaltungswiese. Wie gesagt, aus unserer Sicht sicherlich ein idealer Platz für eine Veranstaltungswiese, ich glaube, gerade Graz als zweitgrößte Stadt bräuchte dringend so eine Veranstaltungswiese, wir wissen, und auch die Aussagen von Helmut-List-Hallen-Verantwortlichen, sie sagen, wir können natürlich gewisse Veranstaltungen auf diesem Areal durchführen, aber sind natürlich keine typische Veranstaltungswiese dergleichen.

Und aus diesem Grund stelle ich daher den

### **dringlichen Antrag:**

Die zuständigen städtischen Magistratsabteilungen mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht zu prüfen, also bitteschön, es geht noch nicht darum, dass ich sage, das muss jetzt unbedingt hinkommen, sondern es soll einmal geprüft werden, ob sich dieses Areal als permanente Veranstaltungswiese eignen würde beziehungsweise welche Maßnahmen möglicherweise zu setzen wären, um dies realisierbar machen zu lassen. In diesem Sinne, ich weiß zwar, es gibt seitens einiger Fraktionen hier wieder Vorbehalte, darf aber schon im Vorfeld vielleicht appellieren, unter Umständen

einmal dieses parteipolitische Denken hintanzustellen und auch wenn wir in der Oppositionsrolle sind, vielleicht einmal über den Schatten zu springen und zu sagen, auch wenn es eine andere Fraktion einbringt, hat das ganze Sinn und macht Sinn und dem zum Beispiel zuzustimmen, weil, ich glaube, es schon ein dringliches Anliegen für die Grazerinnen und Grazer (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wäre, hier endlich eine entsprechende Veranstaltungswiese zu bekommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Klaus, du bist schon zwei Minuten über der Zeit.

GR. **Eichberger**: Es gab heute schon mehrere Zeitüberziehungen, wo man auch nicht so genau auf die Uhr geschaut hat, aber wenn das bei mir der Fall ist, darf ich dann natürlich hier zum Ende kommen und darf um eine breite Zustimmung bitten (*Applaus SPÖ*).

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Bei der Karin stimmen wir eh zu.*

GR. **Hohensinner**: Lieber Klaus Eichberger! Ich schätze dich als einen sehr breit aufgestellten Gemeinderatskollegen, so persönlich möchte ich nicht werden...

*Zwischenrufe unverständlich.*

GR. **Hohensinner:** ...das habt ihr jetzt gesagt, so persönlich wollte ich jetzt nicht werden. Du bist Experte in Sicherheitsfragen, haben wir schon öfter dargeboten bekommen, in Verkehrsanliegen und jetzt bist du auch für Veranstaltungen und Veranstaltungswiesen zuständig. Man möchte fast glauben, dass du dich jetzt irgendwie positionierst, um für höhere Weihen dich in Position zu bringen, aber das ist eine andere Veranstaltungswiese.

*Zwischenrufe unverständlich.*

GR. **Hohensinner:** Zuerst wolltet ihr euch nicht zu Wort melden und jetzt reden alle, aber das geht dann vielleicht im Nachhinein (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Deine heutige Initiative ist inhaltlich völlig richtig, also alles, was du heute gesagt hast oder im Antrag formuliert hast, stimmt. Du hast auch schon bemerkt, dass die Grazer Volkspartei im Juli Ähnliches angedacht hat, und ich habe den Antrag auch da, ich kann dir den Antrag dann auch geben. Am 9.6. haben wir gefordert, dass dieses Areal in Puntigam getestet werden soll auf Event- und Gastro-Möglichkeiten und zwar von den Liegenschaftsabteilungen der Stadt Graz und wir waren uns nicht sicher, sollen wir das jetzt noch einmal dringlich machen oder nicht. Ich habe heute mit deinem Kollegen Bernd Weiss gesprochen im Zuge des Finanzausschusses, ich habe geredet mit der Kathi Peer, ich habe gesprochen mit dem Günter Hirner und die haben wir alle drei versichert, dass diese Ideen gerade ordnungsgemäß geprüft wird, es schaut ganz gut aus, weil die Möglichkeiten, wie du auch aufgezählt hast, ganz gut sind auf dem Areal und deswegen werden wir nicht der Dringlichkeit zustimmen. Der Antrag wird dann eh einfach so eingebracht, die Dringlichkeit ist dann nicht dabei, aber noch einmal, Klaus, wir sind inhaltlich bei dir, nur haben wir das, also medial ist das auch abgedruckt worden im Juni, die Idee

bereits kundgetan und wir brauchen da jetzt nicht mehrmals die gleichen Anträge einbringen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eichberger**: Also mir gefällt das schon, lieber Kurt, du stellst dich her und sagst, inhaltlich hervorragend, aber du siehst keine Dringlichkeit.

*Zwischenruf GR. Rajakovics: Wenn es eh im Laufen ist.*

GR. **Eichberger**: Anscheinend hast du weggehört, dass wir seit zumindest 2000 aktenkundig auf diese Veranstaltungswiese warten, heißt im Klartext, seit elf Jahren ist nichts weitergegangen und jetzt auf einmal ist alles eh in Bearbeitung, ist alles auf Schiene, ich glaube es nicht. Nur es wäre halt ein Zeichen gewesen, wenn man sich zu dem Inhalt, zu der Notwendigkeit der Festwiese bekennt, dann wäre das heute auch in diesem Rahmen von euch ein klares, deutliches Signal, ein Zeichen gewesen, auch ihr bekennt euch dazu. Wenn es anders sein sollte, ist es halt nicht so. Ich hoffe nur letztendlich, dass es zu dieser Realisierung kommt (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und das ist letztendlich der springende Punkt und ich fürchte halt nur eines, dass ich vielleicht nächstes Jahr auch wieder hier ans Rednerpult gehe und sage, vor einem Jahr bist du da heraußen gestanden und hast gesagt, es ist alles auf Schiene, aber wir haben noch immer keine Veranstaltungswiese. Das verspreche ich dir, wenn wir die bis zum nächsten Jahr nicht haben, werde ich wieder einen Antrag einbringen und werde dich dann zitieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **3) Vermehrter Einsatz von Polizei und Ordnungswache in Parks beziehungsweise im öffentlichen Raum**

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr<sup>in</sup>. **Sprachmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr<sup>in</sup>. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Die Problematiken, mit denen sich die GrazerInnen im öffentlichen Raum und speziell in Parks konfrontiert sehen, sind enorm. Es mag zwar richtig sein, dass alle Kriminalitätsstatistiken Graz – im Vergleich zu vielen anderen europäischen Staaten – ein verhältnismäßig gutes Zeugnis ausstellen. Solche Vergleiche können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Situation in Graz schwieriger geworden ist, dass sich gewalttätige Übergriffe mehren und dass damit naturgemäß das Sicherheitsgefühl der Grazerinnen und Grazer beeinträchtigt wird: Die sogenannte Insel der Seligen, als die wir uns lange gerne gesehen haben, sind wir schon jedenfalls nicht mehr.

Nehmen wir nur als Beispiel die Parks im Bezirk Lend, in denen es in jüngster Zeit vermehrt zu Problemen gekommen ist, den Volksgarten, den Metahofpark und den Fröbelpark. Das wären an und für sich wunderbare Orte, die zum Verweilen einladen, die viel Fröhlichkeit vermitteln, die auch die multikulturelle Gesellschaft als einen Gewinn darstellen könnten.



Doch leider gibt es in diesen Parks – wie auch in anderen Bereichen der Stadt - Probleme, die den Menschen diese Freude nimmt. Probleme, über die wir regelmäßig in den Medien lesen müssen: Das beginnt mit Fahrradrowdys, die etwa den Volksgarten unsicher machen, geht weiter über Handtaschendiebstähle, Drogenhandel, Schlägereien, Tötlichkeiten, sittenwidrige Vorgehensweisen bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die Gegenmaßnahmen lägen auf der Hand: Denn die Erfahrungen zeigen, dass, und das bestätigen auch alle ExpertInnen, allein die bloße Anwesenheit von uniformierten BeamtInnen – egal, ob Polizei oder Ordnungswache - in den Grazer Parks das subjektive Sicherheitsempfinden der BürgerInnen deutlich verbessert.

Wobei natürlich dem Streifendienst der Polizei Priorität eingeräumt werden sollte – aber wie wir wissen, leidet die Grazer Polizei seit Jahren unter schwersten personellen Engpässen. Und trotz oftmaliger Zusagen, die uns vom Herrn Bürgermeister regelmäßig präsentiert werden, ist von einer Aufstockung der Exekutive nichts zu bemerken. Wobei die Polizei aufgrund der Personalengpässe und der dadurch verbundenen Verunmöglichung von Streifendiensten primär ohnehin nur dann einschreiten kann, wenn tatsächlich etwas passiert ist. Prävention, etwa durch Parks zu gehen oder beim sogenannten Billa-Eck vorbeizuschauen, ist angesichts des Personalmangels unmöglich.

Viele Reibungspunkte, wie etwa frei laufende Hunde, könnten beispielsweise aber allein schon durch eine höhere Präsenz auch der Ordnungswache verhindert werden. Doch auch hier gibt es leider Hürden: Zum einen ist die Ordnungswache personell ausgehungert, derzeit ist nicht einmal der minimale Soll-Stand von 24 MitarbeiterInnen gegeben, es gibt nur 12 MitarbeiterInnen – ganz zu schweigen davon, dass eigentlich eine Personalaufstockung dringend notwendig wäre. Zum anderen ist auch der gesetzliche Rahmen für die Ordnungswache oft lückenhaft und schwammig und es braucht klarere Vorgaben, die auch kommuniziert werden

müssen. Die BürgerInnen wissen in den meisten Fällen nicht, wofür die Ordnungswache zuständig ist beziehungsweise, welche Kompetenzen gegeben sind.

Fazit jedenfalls ist, und das ist auch ein Ergebnis der von Stadträtin Martina Schröck eingesetzten ExpertInnenkommission, der im übrigen neben VertreterInnen zahlreicher Institutionen auch solche von Polizei und Ordnungswache angehören - in Zusammenhang mit dem „Billa Eck“: Neben vielen sozialarbeiterischen Maßnahmen ist es unabdingbar, das Personal bei der Ordnungswache und der Polizei aufzustocken im Sinne von Prävention, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, um die Plätze und Parks in Graz sicherer zu machen, um die konkret angesprochenen Parkanlagen im Bezirk Lend sicherer zu machen.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auf,

- a) in Verhandlungen mit dem Bund betreffend dem vermehrten kontinuierlichen Einsätze von Polizei in den städtischen Parks, speziell auch im Volksgarten, dem Metahofpark und dem Fröbelpark zu treten. Ich weiß nicht, ich glaube der Punkt b) ist nicht zugelassen oder? Der Punkt b) ist zugelassen;
- b) für eine entsprechende personelle Ausstattung der Ordnungswache zu sorgen...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf ich unterbrechen, zwei ist offensichtlich... die Magistratsdirektion festgehalten hat, dass aufgrund der Statutenbestimmung

nicht zugelassen ist, dann glaube ich, dann können wir ihn auch nicht zulassen. Tut mir leid.

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr<sup>in</sup>. **Sprachmann**: Ja, dann bleiben wir beim Punkt a) und der Punkt b) ist damit obsolet (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf ich vielleicht, bevor wir zu den Wortmeldungen zur Dringlichkeit gehen, im Anschluss noch an das Stück über das Schuldscheindarlehen mitteilen, dass inzwischen der Zinssatz fixiert worden ist, und wir bekommen diese 27 Millionen Euro zu einem Zinssatz von 3,024 %, das ist derselbe Prozentsatz, den die Republik Österreich vor kurzem bekommen hat, allerdings nur für ein Darlehen, das bis 2017 reicht, und dann darf ich noch mitteilen, dass wir ja den Antrag schon im Juli im Finanzausschuss hatten und damals den Antrag wieder zurückgezogen haben, weil uns die Konditionen zu gering erschienen sind, das hat sich im Nachhinein gelohnt. Im Vergleich zu einem Abschluss im Juli sparen wir uns in den zehn Jahren insgesamt 2,5 Millionen Euro. Ich möchte mich an dieser Stelle auch speziell bei der Finanzdirektion und beim Finanzdirektor mit seinem Team für die sehr gründliche Bearbeitung bedanken (*allgemeiner Applaus*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Zuerst einmal herzlichen Glückwunsch der Kollegin Frau Doktor zur Beförderung zur Sicherheitsprechern, wie ich entnehme, hat der Kollege Eichberger den Aufstieg vom Sicherheitsprecher zum Wiesensprecher gemacht, freut mich dann, dass Sie jetzt auch in unseren Kreis sozusagen vorgestoßen

sind. Zum Antrag möchte ich natürlich sagen, zur Intention, sind wir natürlich sowohl Inhalt als auch für die Dringlichkeit. Zum Punkt a) kann ich nur sagen aus eigener Erfahrung, der ja sehr oft auch im Stadtpark gefordert hat, dass Polizeipräsenz schon was Positives bringt, es ist, wie gesagt, mir kommt es so vor und ich kann aufgrund von Bürgerredaktionen sagen, dass es im Stadtpark durch die doch sehr starke sowohl uniformierte als auch nicht uniformierte Polizeipräsenz in letzter Zeit besser geworden ist. Also deswegen glaube ich, dass der Antrag a) sehr gut ist, dass eben Polizei sich in Parks zeigen sollte, zum Antrag b) muss ich ehrlich sagen ist mir auch unverständlich, dass man diesen wieder einmal abgelehnt hat, das ist wieder eine leicht kindische Aktion, muss ich ganz sagen, der Magistratsdirektion, weil gerade vor einer Stunde....

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir haben Spielregeln.***

GR. Mag. **Korschelt**: Komm einmal heraus, rede nicht immer heraus, du bist immer ruhig dann. Du kannst nicht immer herausschreien, sondern melde dich einmal. Aber deine Zwischenrufe sind entbehrlich, lieber Freund, du weiß eh. Weil es ist nämlich so, dass gerade vor einer Stunde, vor eineinhalb Stunden hat der Magistratsdirektor da groß erklärt, dass er jederzeit bereit ist, wenn Anträge eingebracht werden, darüber zu sprechen und auch Änderungen vorzunehmen und ich glaube, es geht ja darum, ich weiß schon, dass drinnen steht personelle Ausstattung, dass man natürlich sagen kann, ok durch die personelle Ausstattung kostet das was, ist mir schon klar, aber man könnte hergehen und wenn man etwas will und ich glaube, ich nehme schon den guten Willen der Magistratsdirektion vorausgesetzt, dass man das ein bisschen abändern könnte, weil es geht ja um den Willen und es geht darum, und es ist ja auch, wie gesagt, in ihrem Willen, der Magistratsdirektor sitzt eh da, er hat die

Seiten gewechselt dann, aber es ist so, dass ihr Wille, und es geht ja um die Intention, die Intention geht darum, dass eben die Ordnungswache auch in den Parks ihren Dienst versehen kann und dass man sie eben ausstatten kann, also, wie gesagt, wir würden auch, wenn er zugelassen wäre, aber er ist es nicht für den Punkt b), wir halten es für kindisch, dass man jetzt solche Sachen anfängt, dass es um ein Wort geht und dass man einen sehr guten Antrag mit einer sehr guten Intention dadurch zunichte macht. Wir stimmen beidem zu, einem können wir aus formalen Gründen nicht zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic** zur Geschäftsordnung: Herr Vorsitzender, hoher Gemeinderat! Ich melde mich dann zu Wort, wenn ich glaube, dass es notwendig ist. Deine Aufforderung steht dem nicht entgegen, ich mache das gerne, ich drücke mich nicht. Ich appelliere jetzt als Klubobmann meiner Fraktion, dass wir uns an die, ich sage, mühsam ausgehandelten Spielregeln halten, ich darf damit wiederholen, was der Herr Magistratsdirektor auf dem Punkt gebracht hat, wir haben beschlossen konsensual, alle Fraktionen, um 16.00 Uhr am Mittwoch, wo ja der Redaktionsschluss ist, ist der Antrag hinsichtlich der Gültigkeit nicht mehr veränderbar und ich appelliere wirklich, das hat uns auch wiederholt getroffen bitte. Das ist ja nicht so, wiederholt, ja, ich bin nicht schadenfroh, ich freue mich nicht, wenn ein Antrag nicht durchkommt, ich nicht. Ich wollte damit nur sagen, hat uns schmerzhaft getroffen, aber wir haben Spielregeln und ich wiederhole noch einmal, der Herr Bürgermeister hat formal die Entscheidung über die Zulässigkeit, ist ebenfalls in der Geschäftsordnung vorgelegt, ich appelliere jetzt kollegial an alle Fraktionen, strapazieren wir das nicht, die Frau Dr. Zwanzger bemüht sich, hier Licht in diese Strukturen zu bringen, jede Änderungen jedes Beistriches bringt nur neue Fragen, wir haben uns geeinigt, es ist praktikabel und wenn ein Antrag einmal nicht geht und man sich vorher nicht erkundigt hat, die Chance besteht ja, dann können wir ihn ja

das nächste Mal einbringen, das ist ja kein Problem. Bitte halten wir uns selber an die Spielregeln (*Applaus ÖVP*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, der Kollege Grosz hat sich ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet. Ich würde bitten, dass wir dann die Diskussion zur Geschäftsordnung beenden, da ist eine klare Entscheidung vom Bürgermeister gefallen, es ist eine Entscheidung des Bürgermeisters gefallen und ich denke, dass es so akzeptiert werden muss.

**GR. Grosz** zur Geschäftsordnung: Herr Stadtrat Rüsch, schon recht, aber wenn der Bürgermeister die Entscheidung fällt, der Gemeinderat ist sofort aufzulösen und die gesamte Kompetenz in Form einer Ermächtigungsverordnung an den Bürgermeister geht, dann werden wir uns auch noch zur Wehr setzen dürfen, wenn er die Demokratie außer Kraft setzt. Also, wenn der Bürgermeister etwas Falsches macht, dann dürfen wir durchaus im Gemeinderat den Anspruch erheben, dass wir den Bürgermeister darauf aufmerksam machen, dass er zum wiederholten Male auf dem Holzweg ist und so ist es auch in diesem Fall, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin jetzt nicht der Rechtsvertreter der SPÖ-Gemeinderätin Sprachmann, aber wenn sie im Punkt b) schreibt, für eine entsprechende personelle Ausstattung der Ordnungswache zu sorgen, dann erfordert dies keine budgetäre Bedeckung, weil die personelle Ausstattung kann im Übrigen auch heißen, dass wir das Personal um zwei Stück reduzieren, wenn das entsprechend gewünscht ist, oder erhöhen. Also deswegen einen Antrag nicht zuzulassen, halte ich einmal mehr für hahnebüchern, aber es ist gut, ich nehme zur Kenntnis und halte es für das Protokoll fest, der Gemeinderat der Stadt Graz gibt sich Spielregeln, die Interpretation gilt für jede Fraktion anders. Es gibt eine genehme Interpretation, die bei dringlichen Anträgen,

Wald- und Wiesenanträgen des Herrn Hohensinner jederzeit gilt, wenn er irgendwo auf einem Baumstipfel seinen Namen sehen will, dann gilt das, dann wird das auch angebracht, wenn er sonst irgendwie verewigt auf dem Weg, dass er endlich einmal Stadtrat wird, dann ist uns die Geschäftsordnung und das Statut komplett egal. Wenn der Selbstverwirklichungstrieb einiger ÖVP-Mandatäre halt durchgeht, dann darf man hier alles einbringen in den Gemeinderat, wenn es wesentliche Anträge gibt von Parteien dieses Hauses, die nicht dieser Regierungskoalition Schwarz/Grün angehören, dann ist es wurscht. Bei der ÖVP kennen wir es, auch in ihrer Geschichte haben sie es nie anders gehandhabt. Aber bei den Grünen, die auf Minderheitenrechte, auf die Einhaltung der Formvorschriften Bedacht genommen haben, wo Sie, Frau Gemeinderätin Binder, sehr oft hier die gleiche Kritik geübt haben wortwörtlich, wie ich sie heute äußere, von den Grünen bin ich in dieser Frage schon ein wenig enttäuscht, wenn sie sich nicht hier zu Wort melden und das auch einmal erkennen, dass hier nicht gleiches Recht für alle gilt, sondern manche besser gestellt sind und halt manche, weiß ich nicht, mit ihren Anträgen die zum Kaminheizen im Winter verwenden können.

GRin. **Jahn** zur Geschäftsordnung: Ich möchte das nur richtigstellen, was der Kollege Grosz in den Raum gestellt hat, leider waren auch wir Grüne schon das eine oder andere Mal davon betroffen, dass auch unsere Dringlichen nicht zugelassen wurden, weil sie den formalen Kriterien nicht entsprochen haben, und dazu kann ich nur sagen, das war unsere eigene Schuld, weil, wie gesagt, wir haben in der Klubobleutekonferenz ganz klar vereinbart, dass alle Fraktionen die Möglichkeit haben, sich im Vorfeld mit der Magistratsdirektion in Verbindung zu setzen, um etwaige juristische etc. Problematiken durchzudiskutieren und um die Frage zu klären, ob der Antrag in dieser Form zulässig oder nicht zulässig ist. Und eine gewisse Eigenverantwortung hat jede Fraktion natürlich auch, und diese Budgetgeschichte, da müsste man noch weiter denken, weil natürlich, wenn ich ein Personal transferiere

von einer Stelle an die andere, kommt es zu Veränderungen, was unsere Beschlüsse bezüglich Eckwertbudgetierung betrifft und insofern ist es natürlich ganz richtig von der Magistratsdirektion ja auch festgehalten worden. Soweit von unserer Seite (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics** zur Geschäftsordnung: Hoher Gemeinderat, lieber Gerald Grosz! Ich würde bitten zur Geschäftsordnung, weil die Debatten, dass man rausgeht und sagt zur Geschäftsordnung und dann irgendwas daherredet, zur Geschäftsordnung bitte irgendeinen Teil der Geschäftsordnung zitieren und sagen, was einen daran stört und nicht anlässlich so einer Debatte einfach Unterstellungen ohne irgendeinen Beleg, Unterstellungen in den Raum stellt, ich weiß, dass das deine Art ist, ich weiß auch, dass das BZÖ damit natürlich in manchen Fällen ganz gut fährt, aber heute anlässlich auch der Worte von Hoffmann-Wellenhof, die ich noch im Ohr habe, es gehört sich nicht, sich einfach herauszustellen, zu sagen zur Geschäftsordnung, dann hätte ich gerne gewusst, um was es geht zur Geschäftsordnung und sonst kannst du dich zum Antrag zu Wort melden, wenn es zur Geschäftsordnung ist, möchte ich gerne wissen, was zur Geschäftsordnung und dann Unterstellungen....

***Zwischenruf GR. Grosz: Macht die Sitzung am ÖVP-Parteitag und löst den Gemeinderat auf.***

StR. Dipl.-Ing. **Rüsch**: Können wir die Diskussion fortführen oder brauchen wir eine Unterbrechung?



GR. **Rajakovics:** Dass der Herr Grosz ein eigenes Demokratieverständnis hat, hat er schon öfter bewiesen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich hätte...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch:** Darf ich ein bisschen appellieren an alle, die herinnen sind, ich möchte gerne einmal festhalten, lieber Thomas, wenn du mir das erlaubst, dass die Debatte über eine normale Geschäftsordnungsdebatte weit hinausgeht und ich möchte gerne nochmals festhalten, dass ich die Entscheidung oder jedenfalls den Vorschlag der Entscheidung, den Befund der Magistratsdirektion für völlig richtig halte, ich war am Anfang nicht dabei, aber sie ist völlig richtig. Ich darf vielleicht nochmals vorlesen: Von der dringlichen Behandlung sind ausgeschlossen, und zwar ist das im § 18 des Statutes, dringliche Behandlung von Anträgen und unter Punkt 3 steht geschrieben, von der dringlichen Behandlung sind ausgeschlossen, gleich als erster Punkt, Punkt a) Anträge, die die Organisations- oder Personalangelegenheiten betreffen, ich denke, darüber ist wohl keine weitere Diskussion mehr erforderlich, dass der Punkt b) des Antrages von der Frau Dr. Sprachmann Personalangelegenheiten betrifft. Wenn das so formuliert ist, und so liegt er unterschrieben von der Frau Kollegin Sprachmann vor, dann ist das, glaube ich, eine richtige und vernünftige und auch nachvollziehbare Entscheidung der Magistratsdirektion. Ich möchte das zwischendurch nur sagen und appelliere wirklich an alle, die die Wortmeldung halten, du hast es hier etwas...Ich würde gerne...

GR. **Rajakovics:** Ich möchte für unsere Fraktion auch festhalten und ich hätte sonst gerne das am Tisch liegen, wo dringliche Anträge des Herrn Kurt Hohensinner waren, die nicht zulässig gewesen wären, weil du das gerade unterstellt hast. Die legst du jetzt her und sonst hätte ich gerne, dass du das zurücknimmst (*Applaus ÖVP*).

*Zwischenruf GR. Schröck: Du nimmst zurück, dass du uns das Demokratieverständnis absprichst.*

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Herr Kollege Rüschi, es ist nicht das Statut der Stadt Graz, sondern die Geschäftsordnung der Stadt Graz und der § 18, Anträge, die die Organisations- und Personalangelegenheiten betreffen, jawohl, Organisations- und Personalangelegenheiten, dass wir im Gemeinderat nicht einen dringlichen Antrag stellen dürfen, dass der Beamte XY seines Dienstes verlustig wird. Vollkommen klar. Aber das als Personalangelegenheit einzuklassifizieren, wenn wir die personelle Sicherstellung einer Ordnungswache den Bürgermeister auffordern, das zu prüfen, dann hätte kein einziger Antrag zugelassen werden dürfen, kein einziger Antrag. Wo wir beschlossen haben auf dem Petitionswege, die Bundesregierung wird aufgefordert, die personelle Erhöhung von Polizeibeamten zu beschließen, weil wenn wir jetzt soweit sind, dass überall, wo das Wort Personell und Personal drinnen steht, von einer Behandlung hier ausgenommen wird, dann sind wir überhaupt am Ende...

*Zwischenruf GR. Rajakovic: Da ging es nicht um unsere eigene Organisation, du verstehst das nicht.*

GR. **Grosz**: ...dann werden wir da überhaupt nichts mehr beschließen können aufgrund von Initiativen von Gemeinderäten. Die Kollegin Sprachmann macht nichts anderes als eine Legion von Gemeinderäten vor ihr, den Bürgermeister aufzufordern, die personelle oder eine finanzielle Sicherstellung für dieses Projekt etc. zu prüfen, in die Wege zu leiten, alles Drum und Dran. Ich werde mir daher erlauben, jetzt zur

Geschäftsordnung einen abgeänderten Zusatzantrag, könnte auch die SPÖ machen, der Bürgermeister wird aufgefordert, die personelle Ausstattung zu prüfen, was auch immer, weil offenbar, wenn das Signalwort, Kollegin Zwanzger nickt, wenn das Signalwort „prüfen“ dabei ist, geht es. Willkommen in Schilda der I-Tüpfel-Reiter, die von der Realität der Menschen keine Ahnung mehr haben (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich bitte um schriftliche Vorlage von diesem Abänderungsantrag und ich wollte gerne vorher noch etwas sagen, was ich nicht ganz verstehe. Wir haben sehr oft über solche Anträge diskutiert und mir ist auch klar, wenn die Frau Dr. Sprachmann geschrieben hätte „zu prüfen“, wie auch immer, dann wäre das sicherlich durchgegangen. Ich verstehe nicht ganz, wieso dieser dringliche Antrag eben auch im Original unterschrieben ist, einfach dasteht „für eine entsprechende personelle Ausstattung der Ordnungswache“, das wäre eine ganz einfache Methode gewesen, um den Antrag jedenfalls zuzulassen und ich denke, dass diese Erfahrung innerhalb des SPÖ-Gemeinderatsklubs an und für sich vorhanden sein müsste. Es ist jedenfalls bei allen anderen. So wie er dasteht, kann ich nur sagen, es ist auch meine Meinung, dass er nicht zulässig ist. Wir haben einen Abänderungsantrag, bitte den vorzulegen. Wir gehen in der Wortmeldung der Dringlichkeit weiter.

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kollegin Sprachmann! Wir sehen, wie die Auslegung der Geschäftsordnung passiert, dem einen wird es sehr eng gehalten wie bei uns, ich sage das hier auch ganz deutlich, in anderen Fällen wird es sehr weit gefasst und wird sehr viel ermöglicht. Ich möchte aber zum inhaltlichen Thema gleich kommen. Das Thema ist im Motivenbericht gut umrissen, auch ich hätte es gerne gesehen, wenn dieser Punkt 2 oder Punkt b) zugelassen worden wäre, weil hier die SPÖ das erste Mal

wieder das Thema Ordnungswache auch anschneidet als Ergänzung zur Exekutive, als Ergänzung zur Polizei, um hier einige wichtige kommunale Angelegenheiten in Parkanlagen usw. auch wirklich auf die Reihe zu bringen, um ihr bezeichnetes subjektives Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Ganz wichtig subjektiv, aber auch objektiv, so sie auch in Zahlen und Daten letztendlich messen lassen. Sehr wichtig ist aber, dass diese Ordnungswache wirklich auch die entsprechende Handhabe bekommt, die bedarf aber, dass das entsprechende Anhalte- und Festhalterecht wirklich hier auch der Ordnungswache übertragen wird und dazu brauchen wir entsprechende gesetzliche Änderungen der Landesgesetze der betreffenden und daher möchte ich den Zusatzantrag einbringen zu eurem Antrag, unter Punkt c) oder unter Punkt b).

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auf, ist also in dem Sinne, habe ich mir sagen lassen, einer Petition und ist daher zugelassen, an den Landtag Steiermark heranzutreten, dass dieser alsbald Anhalterecht plus Festhalterecht für unsere Grazer Ordnungswache beschließen möge, um damit pro Ordnung und Sicherheit für unsere Grazer einen essentiellen Beitrag zu leisten. Der Gemeinderat ist über die hierzu gesetzten Schritte und Ergebnisse zeitnah zu informieren. Ich bitte, diesen Zusatzantrag auch entsprechend zu würdigen und zu unterstützen, weil es insgesamt wirklich darum geht, die Sicherheit, und wir sind täglich konfrontiert in den Zeitungen über Überfälle, Misshandlungen, schwere Delikte, die auftreten, hier dieses Netz an Sicherheit zwischen Exekutive, Polizei und Ordnungswache wirklich zu verstärken und hier wirklich weiterzukommen und nicht nur Briefe nach Wien zu schreiben, die letzten Endes, wo es um Personalaufstockungen geht, die wir außer Petition nicht beeinflussen können und die uns einfach von der Wiener Regierung abgeschmettert werden. In diesem Sinne, danke für den Antrag und bitte um Unterstützung des Zusatzantrages.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Danke, ich habe jetzt einen Vorschlag, und zwar nachdem die Diskussion über das, was statutengerecht ist oder nicht, sich zuspitzt, etwa mit

dem Hinweis, dass der Gerald Grosz, darf ich bitte um Aufmerksamkeit bitten, und zwar deshalb, weil der Antrag vom Gerald Grosz rein formal nur ein Zusatzantrag sein kann und kein Abänderungsantrag und weil in der Zwischenzeit auch von der SPÖ ein Zusatzantrag angemeldet wurde. Ich würde vorschlagen, dass wir die Sitzung unterbrechen und ich bitte die Klubobleute, gemeinsam mit der Magistratsdirektion sich zu treffen, um die Zulässigkeit auch der gestellten Zusatzanträge zu prüfen und sobald das Ergebnis vorliegt, ich hoffe in einer Viertelstunde, werden wir mit der Sitzung fortsetzen.

*Unterbrechung des Gemeinderates von 16.45 Uhr bis 17.15 Uhr.*

*Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.*

*Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.*

StRin. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup>. **Schröck** zum Antrag: Geschätzter Herr Bürgermeister, hohes Haus! Ich finde es schade, dass wir über diesen zweiten Punkt unseres Antrages heute nicht abstimmen können. Ich glaube trotzdem, dass wir uns aus der Debatte trotzdem nicht herausschleichen können. Die Situation bei der Ordnungswache in der Stadt Graz ist katastrophal im Moment. 50 % der Dienstposten sind besetzt, von 24 Personen sind 12 Personen übrig, die in einer Stadt arbeiten, die an guten Tagen über 400.000 Menschen hier hat, und das sieben Tage in der Woche und 24 Stunden.

Gerade im Sommer ist es natürlich äußerst schwierig und wir wissen alle, wir haben soziale Brennpunkte in der Stadt Graz, wir haben das berühmte Billa-Eck, wir haben den Stadtpark-Pavillon und es reicht nicht, wenn wir glauben, dass wir das Problem so lösen können, dass wir sagen, na ja die Sozialstadträtin soll sich um alles kümmern, und wenn PassantInnen im Stadtpark von frei laufenden Punkt-Hunden gebissen werden, werden die Personen ins Büro der Sozialstadträtin weiterverbunden, weil die ist ja zuständig. Diese Sichtweise reicht nicht aus. In der Expertenkommission, die ich vor dem Sommer gegründet habe, ist eines ganz klar herausgekommen. Wir brauchen auf dieses Problem nicht eine allgütige Antwort, weil die gibt es schlichtweg nicht, wir brauchen mehrere Maßnahmen, wir brauchen nicht nur Sozialarbeit, wir brauchen nicht nur den Drogenkontaktladen, wir brauchen Beschäftigungsinitiativen und wir brauchen, und das ist auch ganz klar, mehr Personal bei der Polizei, da sagen wir heute alle einstimmig ja dazu, aber wir müssen auch das tun, was wir in der Stadt unmittelbar entscheiden können und die Ordnungswache können, wir unmittelbar in der Stadt entscheiden und darum ist es dringend notwendig, die Ordnungswache zumindest wieder auf diese 24 Personen aufzustocken (*Applaus SPÖ*). Ich weiß, wir können heute nicht darüber abstimmen, aber wir SozialdemokratInnen werden nicht müde werden, an diesem Thema dranzubleiben und dafür zu kämpfen, dass die Ordnungswache, die wirklich unter schweren Bedingungen arbeitet, endlich eine personelle Aufstockung bekommt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sikora:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Karin Sprachmann! Der KPÖ-Gemeinderatsklub wird auch dem Antrag seine Zustimmung erteilen, nachdem wir das bei der Dringlichkeit jetzt verabsäumt haben. Handlungsbedarf besteht an diversen Brennpunkten in unserer Stadt auf alle Fälle, was jedoch im Antrag nicht so richtig herauskommt, ist die Tatsache, dass die Brennpunkte eigentlich über das ganze Grazer Stadtgebiet zu verteilen sind, nicht nur

im Bezirk Lend, also da kommt ein bisschen die Bezirkssprecherin, glaube ich, heraus, da ich der Meinung bin, dass Gewalt im gesamten öffentlichen Raum zunimmt. Wenn du von einer Petition an den Bund schreibst, muss ich auch zu bedenken geben, dass hier richtigerweise das Innenministerium zuständig wäre und ich glaube auch nicht, dass wir vom Gemeinderat dem Grazer Polizeikommandanten vorschreiben können, wo er mit diesen wenigen Polizeibediensteten, die wir aufgrund der Unterbesetzung bei der Polizei in Graz haben, auf Streife geht. Mich hat erst vor wenigen Wochen ein besorgter Familienvater angerufen, es ist vielleicht der gleiche gewesen, mit dem du gesprochen hast, der im Sigmundstadl lebt, und von den Vorgängen vor seinem Haus erzählt hat. Nach der großen Polizeisommeroffensive im Jahre 2007 wurde es rund um deine aufgezählten Brennpunkte ja recht still punkto Kontrolle. Der Polizeiinspektionskommandant vom Polizeiwachzimmer Lend schilderte, mir aufgrund akuter Personalnot nicht andauernd Kontrollen durchführen zu können und vor allem im Sommer, wo die vermehrte Urlaubszeit stattfindet. Was ich unbedingt sagen muss, noch immer stehen der Grazer Polizei nach der Zusammenlegung, wie es ja allen bekannt ist, von Gendarmerie und Polizei 300 Planposten zuwenig zur Verfügung und wir können uns alle, glaube ich erinnern, dass die damalige ÖVP/FPÖ-Regierung, das muss man immer wieder betonen, dieses Personaldilemma bei der Grazer Polizei eigentlich erst verursacht und uns eingebrockt hat. Was jedoch sehr verwundert, und da muss ich eure Fraktion ein bisschen kritisieren, ist die Tatsache, und das kann, glaube ich, der Kollege Grosz bestätigen, dass die jetzige SPÖ/ÖVP-Koalition einen Entschließungsantrag vom Kollegen Grosz, ich glaube 2009 war das, bezüglich einer dringenden Aufstockung der Grazer Exekutive um zusätzlich 300 PolizistInnen abgelehnt hat. Das muss man, glaube ich, betonen. Zurück zum Antrag aber kommend, möchte ich noch erwähnen, dass ich glaube, dass eine Gewaltsensibilisierung schon verstärkt im Kindesalter über die Kindergärten bis zu den Schulen passieren muss, zahlreiche Modelle gibt es ja, wie ihr wahrscheinlich alle wisst, und da möchte ich vielleicht die Aktionen vom Grazer Drogenrichter Helmut Wlasak vom Straflandesgericht Graz oder von der Polizeidirektion den Kollegen Günter Ebenschweiger, den ich ebenso sehr schätze, in den Vordergrund stellen, die

sich besonders hervorheben in Präventionsarbeit und die gehören verstärkt gefördert und deshalb wird der, eben aufgrund dieser Problematik wird der KPÖ-Gemeinderatsklub selbstverständlich auch dem Antrag seine Zustimmung erteilen. Danke vielmals (*Applaus KPÖ*).

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, sehr geehrte Frau Sozialstadträtin! Nein, Sie sind nicht für alles zuständig und Sie müssen nicht jedes Problem lösen. Wenn es zu kriminellen Handlungen kommt, ist selbstverständlich die Polizei da gefragt und zwar nur die Polizei und niemand anderer, wenn es zu kriminellen Handlungen kommt. Insofern muss ich auch ein bisschen bitten, dass wir hier, und das ist jetzt schon das zweite Mal, dass ich das bitten muss, dass wir hier auf Linie bleiben alle miteinander und gemeinsam den Druck im Innenministerium erhöhen, dass es wieder mehr Polizistinnen und Polizisten in Graz gibt (*Applaus Grüne*). Eigene Wachkörper aufzustellen zusätzlich, die niemals so gut ausgebildet sind wie Polizistinnen und Polizisten, halten wir nicht für den richtigen Weg, und in solchen schwierigen Situationen scheitern müssen. Im Sinne von mehr Druck in Wien zu machen, muss ich mich schon dem Appell anschließen, dass Grazer Abgeordnete das Interesse der Grazerinnen und Grazer zu vertreten haben und nicht von Bundesparteien in Wien. In diesem Sinne bitte ich, da weiterzumachen in Wien, was die Aufstockung der Polizei angeht. Frau Sozialstadträtin, etwas fehlt ein bisschen in dem Antrag, es ist nur von der Polizei die Rede und das stimmt, dass das ein Teil des Problems ist, der andere Teil ist aber, dass es in den Parks jetzt nicht nur zu kriminellen Handlungen gibt, so viele sind das auch wieder nicht, wie das zum Teil dann ausschaut, wenn solche Anträge daherkommen, aber natürlich gibt es Nutzungskonflikte. Natürlich gibt es zum Beispiel die Verdrängung von der einen oder anderen Gruppe in Parks, und da ist ganz klar die Sozialarbeit gefragt. Das, was wir schon lange auch hier fordern, ist ein Ausbau von mobiler Sozialarbeit, von sozialpädagogischen Interventionsgruppen, die



einen Teil der Probleme, für die nicht die Polizei zuständig ist, sondern in Graz das Sozialamt, die man auf diese Weise beseitigen kann, und mit Sozialarbeit kann man auch daraufhin abzielen, Probleme, die sich verschärfen, im Vorhinein zu erkennen und durch die richtigen Maßnahmen abzufangen. Das müsste als Ergänzung zu diesem Appell nach Wien, und das ist tatsächlich unsere Aufgabe hier in Graz, ausgebaut werden. In diesem Sinne werden wir von der grünen Fraktion den Antrag, so wie er jetzt übrig geblieben ist, sprich diese Petition beziehungsweise diese Verhandlungen mit dem Bund, natürlich unterstützen. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz:** Wir erleben heute schon wieder einmal den Fluch des gebrochenen Wahlversprechens. Der Bürgermeister unterzeichnet dreimal einen Sicherheitspakt für Graz, und zwar hat er es jedes Mal relativ medienwirksam mit unterschiedlichen Innenministerinnen und einem Innenminister, wo 300 zusätzliche Planstellen für die Exekutive der Steiermark oder auch Graz versprochen werden. Das letzte Mal, ich kann mich erinnern an ein wunderschönes Foto vor der Landtagswahl 2010, ein Foto Hermann Schützenhöfer, Frau Fekter und Nagl, 300 Polizisten mehr. Und wir erleben heute einmal mehr, dass es nicht der Fall ist und daher verstehe ich die Bemühung der Kollegin Sprachmann schon, aber ich nehme schon an, dass du noch Mitglied der Sozialdemokratie bist.

**Zwischenruf GR. Mag.<sup>a</sup> Dr<sup>in</sup>. Sprachmann: Ich werde es auch bleiben.**

GR. **Grosz:** Ist noch Mitglied der Sozialdemokratie, gut. Weil die Sozialdemokratie mit ihrer Beamtenministerin Heinisch-Hosek, SPÖ, in Wien gemeinsam mit der

Innenminister Michel-Leitner alles dazu tut, dass Graz keine 300 Exekutivbeamten bekommt. Und ich danke meinem Kollegen von der KPÖ, der über die Parteigrenzen anerkannt hat, dass ich einen Antrag gestellt habe genau nach der Petition im Grazer Gemeinderat, als Test in Wien im Nationalrat abstimmen zu lassen, wer ist überhaupt von den Grazer Abgeordneten von SPÖ und ÖVP bereit, im Sinne des verfassungsmäßig garantierten freien Mandates abseits des Klubzwanges die Interessen seines eigenen Wahlkreises, der ihn entstand hat, nach Nationalratswahlordnung zu vertreten und bin draufgekommen, das leider Gottes das Rückgrat bei SPÖ- und ÖVP-Mandataren aus dem Wahlkreis Graz, und das ist noch höflich ausgedrückt, der Konsistenz eines Gartenschlauches sehr ähnlich ist. Das ist leider Gottes das Problem in dieser Sicherheitsfrage, wovon ich wirklich nichts halte, und ich hätte mir nie gedacht, dass ich einem grünen Gemeinderat applaudieren kann, Herr Kollege Schneider hat es hier richtigerweise gesagt, Linie halten, dass wir die Kompetenz Anhalterecht, auch die Befugnis der Exekutive, bei der Exekutive behalten, das ist eine Säule des Staates, der Rest sind immer nur beliehene Amtsorgane, kleiner Ausflug in die Bundesverfassung. Das ist die Kernkompetenz unsere Exekutivkräfte und nicht die Kernkompetenz der Ordnungswache, wie wohl ich sehr dafür bin, dass die Ordnungswache zur Aufrechterhaltung der Ordnung, nicht der Sicherheit, dafür haben wir die Exekutive, ordnungsgemäß aufgestockt wird und selbstverständlich der Bürgermeister auch dafür Sorge zu treffen hat, dass es hier in diesem Bereich auch im Interesse der Sicherheit und der Ordnung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt, aber auch des Lebensraumes und der Lebensqualität zu einer entscheidenden Verbesserung kommt. Erster Schritt, 300 zusätzliche Beamte mehr, weg mit dem Versprechen der letzten fünf Jahre, Nägel mit Köpfen machen (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Bürgermeister, noch einmal zum Antrag von der Kollegin Sprachmann. Natürlich hätten wir auch gerne gehabt, dass der Punkt 2 auch

behandelt wird und da kann ich dich leider nicht ganz freisprechen, lieber Herr Bürgermeister, bist du der Kommandant der Ordnungswache, und gestatte mir, dass ich das so als alter Milizsoldat sagen darf, die Ordnungswache ist zur Zeit etwas fußmarod, muss man ganz ehrlich sagen, weil du setzt sie zum Beispiel nicht ein im Univiertel, sie wird bei vielen Sachen nicht eingesetzt, sie haben auch nur mehr 50 % Aktivstand dann, also da würde es schon einmal, wir haben im Haus eh schon öfter Anträge gestellt, gut tun, einmal zu durchforsten, was ist los mit der Ordnungswache, weil wir haben das ja alle mit großer Freude eingeführt und leider, das, was wir uns vorgestellt haben, aus dem ist nichts geworden und deswegen wäre natürlich dieser Antrag von der Kollegin Sprachmann heute sehr wichtig. Zum Kollegen Schneider gesagt, lieber Kollege, es ist immer wieder so, dass mir vorkommt, Sie träumen da von warmen Eislutschern, wenn Sie heraußen stehen, Sie fangen zwar an und sagen, als Erstes bleiben wir auf Linie, und dann ist natürlich ihre Linie ist immer auf der Streichel- und Bussi-Bussi-Politik. Lieber Kollege Schneider, gehen Sie einmal in den Volkspark, gehen Sie einmal in den Volkspark, dann werden Sie sehen, dass mit Prävention können Sie im Volkspark nichts mehr erreichen, weil da ist nur mehr möglich, in dem Fall muss ich wirklich sagen, ein harter Polizeieinsatz, sprich zwei, drei Polizisten mit Hunden, weil sonst ist nichts mehr möglich, dass Sie da glauben (*Applaus FPÖ*), dass Sie jetzt da durch den Volkspark gehen und dort die Leute streicheln und dann sagen, es ist nicht mehr, also lieber Kollege Schneider, das ist nichts. Kollege Baumann, Sie können jederzeit rausgehen, es ist Ihnen ja unbenommen, da zu reden, lassen Sie mich weiterreden, ich bin eh in 59 Sekunden oder 58 Sekunden bin ich jetzt eh fertig dann. Noch einmal auf den Kollegen Schneider, zurückzukommen, Kollege Schneider Sie sind ja so was wie ein Sicherheitssprecher Ihrer eigenen Partei und ich glaube, sie tun nicht Gutes dann, wenn Sie jetzt immer die heile Welt darstellen, die gibt es nicht, das habe ich gesagt und dazu stehe ich auch und dazu danke dem Herrn Bürgermeister, teilweise hat es sich gebessert im Stadtpark, das ist keine Frage, aber auch nur erreichbar durch die enorme Polizeipräsenz, die im Stadtpark ist oder war, das ist in den letzten, wie gesagt, ich kann mich gut erinnern, wenn im Februar, im März das erste Mal die

ersten Sonnenstrahlen im Stadtpark waren, da sind schon die ersten Telefonanrufe gekommen, tun Sie was, da geht es wild zu im Stadtpark. Das hat sich weitaus gebessert, hat sich aber nur gebessert eben in Zusammenarbeit mit der Polizeidirektion und deswegen ist es gut, wenn die Kollegin Sprachmann das wieder einmal aktualisiert, weil genau das Gleiche müssen wir jetzt im Volksgarten machen, weil es geht nur eben durch Polizeipräsenz, dass man jetzt dort glaubt, dass man da, hat es eh schon gegeben, irgendwelche Volksfeste, oder der Kollege Müller will dort Lesungen halten usw., liebe Kollegen, glauben Sie mir, ich mache das jetzt sehr lange, mit Lesungen im Volksgarten usw. werden Sie sicher nichts mehr machen, sondern das Einzige, was im Volksgarten nützt, ist eine harte Polizeipräsenz und dazu bekenne ich mich und dazu herzlichen Dank, Kollegin Sprachmann, für Ihren Antrag (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, wir haben hier in regelmäßigen Abständen unsere Sicherheitsdiskussion im Grazer Gemeinderat und das ist gut so, sehr wohl alle, die hier herinnen, sind wissen, dass es eine klare Aufgabenverteilung in Österreich gibt. Für die Sicherheit in unserer Stadt ist aufgrund der Tatsache, dass wir Stadt mit eigenem Statut und einer Bundespolizeidirektion haben, der Bund zuständig. Es werden immer wieder Tatsachen überhört oder verdreht, und ich will ein paar Dinge klarstellen. Ich bedanke mich auch bei der Frau Dr. Sprachmann, und wer auch heute die Kleine Zeitung gelesen hat und wieder einmal lesen musste, dass wir statt 330.000 ein Jahr später schon 550.000 Spritzen ausgeben, wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, und zwar ganz egal, ob in Parkanlagen, hier am Hauptplatz oder sonst wo bis in die Nacht hinein in die Elisabethstraße und bis in die Bezirke hinaus, der weiß, dass wir leider Gottes ein sehr, sehr großes Problem haben. Ich habe den ganzen Tag heute schon darüber nachgedacht, weil ich es gelesen habe, wir haben einen Suchtgift- oder Drogenkoordinator, allein das Wort sollten wir einmal überdenken, es wird Zeit, dass

wir in dem Bereich jetzt wirklich einmal die Bekämpfer suchen und nicht die Koordinatoren. Es wird von Jahr zu Jahr schlimmer und wir wissen, dass es mehrere Ursachen hat. Eines ist, wir haben ein gesellschaftspolitisches Phänomen, wenn Eltern die Liebe für ihre Kinder nicht mehr aufbringen, und das dürfte in einem dramatischen Ausmaß in den Ballungsräumen der Fall sein, dann hast du einige Zeit später diese Auswirkungen, dass Menschen quasi in diese Scheinwelten flüchten. Wenn Sie am Hauptplatz hinuntergehen, das ist in Wahrheit gelinde gesagt eine Katastrophe. Die Polizei, die wir immer wieder ersuchen hinauszugehen, ist müde geworden, hinter einem Drogendealer herzulaufen stundenlang, dann zur Staatsanwaltschaft zu kommen und vom Richter zu hören, aufgrund dieser Menge, die da mitgeführt ist, und aufgrund der vielen Arbeit wird es nicht weiter verfolgt, hört irgendwann einmal auf. Wir haben ein Problem in den Familien und in der Erziehungsarbeit der Eltern, auch in der Liebe, die sie ihnen aussprechen. Wir haben ein Problem bei den Gerichten wegen Überlastung, wir haben ein Frustrationsproblem bei unserer Polizei, und es stimmt nicht, was der Herr Kollege Grosz gesagt hat, dass es nicht mehr Polizei für das Land Steiermark gibt, die hat es gegeben, aber ich sage auch dazu, es hat eine Aussprache hier herinnen gegeben, weil unser Landespolizeikommandant in letzter Zeit allen Wünschen nachgekommen ist und auch Versetzungen von Graz hinaus in die Bezirke voll zugestimmt hat und zwar immer auf Kosten von Graz. Die Frau Ministerin Mikl-Leitner war hier und hat eine Sperre eingezogen auf meinen Wunsch hin. Im Moment kommt kein Grazer Polizist, und wenn er noch so den Wunsch hat, in seiner Heimatgemeinde oder sonst wo Dienst zu tun, mehr aus Graz hinaus, weil wir nicht auf weitere Polizisten verzichten können. Es kamen immer neue herein, einige gingen in Pension und sehr viele wurden auch auf neue Wachzimmer oder auf andere Wachzimmer in der Steiermark verteilt oder nach Wien abgeordnet zu Sondereinheiten, weil wir gute Leute haben. Damit ist jetzt seit einem Monat in etwa Schluss. Wir werden jetzt mehrere Lehrgänge kriegen, es werden auch neue Leute kommen. Zur Ordnungswache, ich sage es jetzt gern inhaltlich, wir wünschen uns alle, dass in Wahrheit nach dem Rechten geschaut wird. Die Ordnungswache, wie wir sie uns

vorgestellt haben, eignet sich nicht. Wir haben zu wenig Befugnisse, die wir unseren Damen und Herren der Ordnungswache wirklich mitgeben können und wir hatten schlimme Vorfälle, die auch bis hin zu Verletzungen, ich sage jetzt nicht nur, körperlich, sondern auch seelisch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fall war. Wir haben klar gesagt, und dazu stehe ich heute und das werden wir auch nicht ändern, diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das ist die reduzierte Mannschaft von 24 auf 12, kommt jetzt verstärkt in die Parkanlagen, und die Polizei wird in den restlichen Bereichen da sein. Darüber hinaus läuft noch der Versuch, ich habe es nur noch nicht geschafft, weil die Bundesmühlen langsam mahlen und die Gesetze anscheinend dafür nicht taugen, ich habe gesagt, ich hätte gerne den Geldbetrag, den wir bisher für unsere Leute eingesetzt hätten, gerne dem Bundesministerium überwiesen, damit wir Überstundenkontingente für unsere Polizistinnen und Polizisten bekommen. Bis heute ist das, ich sage einmal, im Paragraphenschungel in Wien nicht gelöst worden und ich habe nur negative Ansagen. Also selbst, wenn wir verstärkt Polizeieinsätze zahlen wollen als Stadt Graz, obwohl es nicht unsere Aufgabe ist, sind wir da noch nicht durchgedrungen, ich werde da lästig bleiben. Ich wollte Ihnen das nur sagen, aber wir haben generell alle miteinander uns noch einmal hinzusetzen, die Frau Stadträtin Schröck hat richtigerweise gesagt, das können unsere Damen in erster Linie, und Herren, die wir in der Sozialarbeit haben, unmöglich schaffen. Wir haben 420.000 Tagesanwesende in der Stadt. Wenn nur ein Promille dieses Personenkreises, das sind 420 täglich, ich sage einmal, zu kriminellen Handlungen oder zu Übergriffen neigen, viel mehr sind es nämlich gar nicht, es handelt sich um ein Promille, dann müssen wir nicht nur die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter unterstützen, wahrscheinlich auch vermehrt Geld in die Hand nehmen im Bereich von ERFA, Gelegenheitsjobs und Unterbringungen, aber wir werden, und das ist heute wieder ein gutes Signal, allen noch einmal deutlich sagen müssen, wir brauchen mehr Polizei und mehr Polizeipräsenz auf den Straßen, auch da weiß jeder, was an Bürokratie in den Wachzimmern wirklich los ist, vor lauter Handydiebstählen und Aufnahmen und was sich da alles abspielt, aber es ist im Moment, wenn ich so sagen darf, ein Groll, glaube

ich, in uns allen drinnen, dass wir wieder solche Schlagzeilen haben, das ist das eine, aber noch viel schlimmer, dass wir solche Zustände in manchen Bereichen haben. Und das zieht sich über das gesamte Stadtgebiet mittlerweile hin und daneben gibt es noch die organisierte Kriminalität, das ist dann noch eine viel größere Aufgabe für die Polizei, die dann mit den Einbrüchen und mit andere Dingen da unterwegs sind. Ich wollte Ihnen das nur sagen, die Ordnungswache will ich solange nicht aufstocken, solange die Chance besteht, dass wir die Überstunden der Polizei damit zahlen, weil ein Polizist, wenn ich so sagen darf oder eine Polizistin viel handlungsfähiger, halt mit Gewalt und mit den Problemen kann noch besser umgehen und hat vor allem mehr Befugnisse. Deswegen bitte die Diskussion Ordnungswache konzentriert sich jetzt bitte auf Parkanlagen, dort haben wir auch verstärkt Erfolge, aber vom Hauptplatz bis in den Volksgarten bis hin in viele Straßenzüge unserer Stadt brauchen wir dringend die Polizei (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Schneider:** Herr Kollege Korschelt. In der Fantasiewelt lebe nicht ich, sondern Sie leben in der Fantasiewelt und zwar in der, wo Sie glauben, dass die Polizei alle Probleme lösen kann. Ich würde Ihnen empfehlen, reden Sie einmal, reden Sie nicht immer nur hier vorne geschreit, sondern reden Sie einmal mit Polizistinnen und Polizisten, die werden Ihnen bestätigen, dass das nicht so ist. Ich möchte dann noch etwas sagen, ich möchte wirklich einmal all diesen Sozialarbeiterinnen, den Sozialarbeitern dieser Stadt, den vielen Jugendbetreuern, die in Jugendzentren ihren Job machen, ich möchte auch all den Leuten, die in Beschäftigungsmaßnahmen gute Arbeit leisten und dadurch dazu beitragen, dass viele Probleme gar nicht so weit wären, dass sie dann von der Polizei behandelt werden muss. Ich muss wirklich sagen, das, was Sie hier machen, ist Nicht-informiert-sein, hier vorne großen Reden schwingen und mit dem private Waffenbesitz prahlen, was Sie auch schon gemacht haben hier im Gemeinderatssaal. Das geht nämlich wirklich an der Realität vorbei, mit der diese Stadt betroffen ist, soviel dazu. Dankesehr (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Lieber Kollege Schneider, ich möchte Sie schon zu einer sachlichen Richtigstellung auffordern, wann habe ich jemals hier im Gemeinderat wegen privatem Waffenbesitz geprahlt? Das möchte ich wissen.

*Zwischenruf GR. Schneider unverständlich.*

GR. Mag. **Korschelt**: Sagen Sie, Sie können nicht irgendetwas behaupten, ich möchte jetzt sagen, dass Sie herauskommen und sagen, mein Leben habe ich noch nie...

*Zwischenruf GR. Schneider unverständlich.*

GR. Mag. **Korschelt**: Auch Ihre Anschuldigungen, ich habe oft genug mit Polizisten geredet, also wie gesagt, das kann sogar der Bürgermeister bezeugen, dass wir bei gewissen Veranstaltungen gemeinsam aufgetreten sind, sehr wohl mit Polizisten geredet, und noch etwas habe ich vergessen, weil Sie immer so groß reden, Kollegen Grosz immer das vorwerfen, Sie haben ja selber einen Abgeordneten in Wien, der Kollege Kogler, also vom Kollegen Kogler habe ich überhaupt noch nie was gehört, dass der sich um Graz um Sicherheitsprobleme gekümmert hat, da könnten Sie einmal zu Ihrem Abgeordneten rausgehen und einmal sagen, lieber Kollege (*Applaus FPÖ*), tu nicht nur im Rechnungshof groß reden und den großen Aufdecker spielen, sondern dann kümmere dich einmal um deine Probleme in Graz.



***Zwischenruf GR. Schneider unverständlich.***

GR. Mag. **Korschelt**: Das mag schon sein, das war aber vor 150 Jahre und was alle Ihre Kollegen, ich werfe Ihnen auch nicht vor, dass Ihre Kollegen, dass es viele Ihrer Kollegen gibt, die für Freigabe von weichen Drogen sind, also fangen wir uns nicht gegenseitig an zu... und dass draußen im Nationalrat vor zehn Jahren einmal... die Zusammenlegung von Polizei und Gendarmerie war sicher nicht glücklich, aber mich hat, ehrlich gesagt, keiner gefragt. Ich habe da keine Schuld dran, ich war immer Anhänger der Gendarmerie, wenn Sie wissen wollen, ich bin sogar Mitglied der Kärntner Gendarmeriefreunde und habe dort die Nummer 111, also damit Sie es wissen. Das können Sie ruhig zu Protokoll nehmen, aber ich möchte schon betonen, Kollege Schneider, dass zumindest beim nächsten Mal möchte ich dann schon gerne wissen, wo ich mit privatem Waffenbesitz geprahlt habe (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup>. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, werter Herr Bürgermeister, liebe Siedlungsgemeinschaft Wohnen im Park von Lend! Zunächst möchte ich etwas klarstellen, und zwar es ist angeführt worden, dass ich die neue Sicherheitssprecherin bin von der SPÖ Graz, das bin ich nicht, wir haben hier den besten Sicherheitssprecher überhaupt, das ist der Klaus Eichberger, ich bin sehr stolz auf unseren Klaus Eichberger...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ich habe geglaubt, er ist Sicherheitssprecher von Jakomini.***

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr<sup>in</sup>. **Sprachmann:** Ich stehe hier auch als zuständige Gemeinderätin vom Bezirk Lend (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), und genauso wie Otto Trafella sind mir die Probleme, die anliegen, von der Bevölkerung und Bezirk Lend ein sehr, sehr großes Anliegen und dass es im Bezirk Lend Probleme gibt, das sehen wir heute, heute haben wir eigentlich einen Lendtag und ich will einfach nicht, dass es weiterhin Zeitungsartikel gibt in diese Richtung, dass Lend praktisch die Bronx von Graz ist, wie am 20. September in der Kronen Zeitung auch gestanden ist. Wir in Lend haben ziemlich die höchste Kriminalstatistik von gesamt Graz. Ja, und dass die grüne Fraktion mit nichts Probleme hat, das wissen wir eh, und auch keine Probleme sieht. Vom Grundsatz her, es ist vielleicht ja sehr viel diskutiert worden, ich möchte nur noch zwei Teile anführen und zwar erstens die Ordnungswache. Sie haben sehr schön und gut geredet, Herr Bürgermeister, auch in dem Sinne von meinem Antrag, dafür bedanke ich mich auch sehr herzlich. Nur, wie bereits im Motivenbericht gestanden ist, ist die Ordnungswache reduziert worden de facto von einem Personalstand von 24 auf momentan 12, das heißt, die Ordnungswache wird ausgehungert und das, was ich noch anführen möchte und das ist eigentlich eher ein Bedauern von meiner Seite für die größte Fraktion und Partei, die wir hier zur Zeit vom Stimmenverhältnis in Graz haben, und zwar betrifft es unsere Forderung, dass wir in Graz mehr Polizei bekommen können. Sie haben sich dafür auch eingesetzt, Herr Bürgermeister, Gerald Grosz hat genau richtig gesagt, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und die damalige zuständige Innenministerin Fekter uns vor der Landtagswahl 300 Dienstposten für Polizisten für gesamt Steiermark zugesagt haben, das steht zum Beispiel auch abgedruckt hier in der Kleinen Zeitung vom Mai 2011, wobei der größte Teil von diesen Polizisten nach Graz kommen hätte sollen. Nur leider ist es so, dass insgesamt mit Juli 2011 33 Polizisten in die Steiermark gekommen sind und davon nur 17 nach Graz, obwohl wir 50 % aller Delikte von der gesamten Steiermark hier in Graz angezeigt bekommen. Das ist eben mein Bedauern auch betreffend von einem Verhandlungsgeschick, das vielleicht wirklich ein bisschen ein Ungeschick ist. Ich bedanke mich bei allen hier für

eine Zustimmung. Ich hoffe, dass wir Sie für diesen Antrag bekommen. Danke (Applaus SPÖ).

*Der Antrag wurde einstimmig angenommen.*

*Der Zusatzantrag von GR. Mag. Mariacher wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

#### **4) Nichtumsetzung der Bustrasse Wohnen im Park/Hirtenkloster**

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte betroffene Zuschauer auf der Galerie! Ich darf heute und jetzt diesen Antrag natürlich auch in Ihrem Namen einbringen, denn die geplante Bustrasse im Wohngebiet der „Wohnen im Park“-Siedlung Wienerstaße/Hirtenkloster hat, wie wir alle sehen können, eine große Zahl besorgter Anrainerinnen und Anrainer auf den Plan gerufen. Entgegen der bisherigen Behauptung sind es auch nahezu alle BewohnerInnen und EigentümerInnen der betroffenen ÖWG- beziehungsweise GWS-Siedlungen, die sich nun gegen einen, so scheint es, scheinbar in Stein gemeißelten Beschluss aus dem Jahre 2002 zur Wehr setzen.

Unter Berufung auf eben diesen Bebauungsplanbeschluss möchte die schwarz-grüne Koalition nun eine Bustrasse durch eben diese betroffene Siedlung führen.

Dadurch ginge aber nicht nur der derzeitige Siedlungscharakter, der durch zahlreiche Grünflächen und Kinderspielplätze geprägt ist, verloren, nein, die zu erwartende Taktfrequenz der Busse quer durch das Wohngebiet stellt außerdem noch eine

Gefährdung der Bewohnerinnen und Bewohner und vor allem der zahlreichen Kinder, die wir auch heute schon gehört haben, in der Siedlung dar. Dass eine grüne Vizebürgermeisterin sich neben diesen Argumenten auch von den zu erwartenden Emissionen wie Lärm und Schadstoffen, die die Bewohner zusätzlich belasten werden, völlig unbeeindruckt zeigt, ist an dieser Diskussion besonders bemerkenswert.

Von den politischen Entscheidungsträgern im Stich gelassen, haben nun die betroffenen Anrainer eine Bürgerinitiative gegründet, die unter Beteiligung von Vertretern der KPÖ, der FPÖ und des BZÖ einen Protestmarsch zum Rathaus organisiert hat. In diesem Rahmen äußerten sich dann zuletzt doch noch die führenden PolitikerInnen der Koalition, Bürgermeister Nagl und Vizebürgermeisterin Rücker, zu diesem Thema.

Während der Bürgermeister seine fehlende Bereitschaft zur Hilfe unter anderem mit dem Argument abtat, dass ja auch vor seiner Haustüre Busse durchfahren, offenbarte auch Lisa Rücker ihre ganz eigene Interpretation der Begriffe Bürgernähe und Bürgerbeteiligung. Unter anderem konnte man hören, dass den Anrainern dann doch der Ratschlag nahegelegt wurde, halt einfach wegzuziehen. Auch in diesem Webblog und ich bin der Zweite, der den liest, Frau Vizebürgermeisterin, behaupten Sie, dass ein entsprechender Bebauungsplanbeschluss aus dem Jahr 2002 nicht nur zur Durchführung dieses Trassenbaus berechtigt, sondern vielmehr verpflichtet. Sie führt weiters an, dass sämtliche Bewohner der Siedlung in ihren Verträgen auf den geplanten Trassenbau auch hingewiesen wurden. Wenn das auch teilweise zutreffen mag, lässt der genauere Blick dann doch Tatsachen erkennen, die die Vizebürgermeisterin nun verschweigt.

Einerseits war nämlich beim Beschluss 2002 eine Siedlung in der aktuellen Dichte überhaupt nicht vorgesehen und andererseits liegt nach Gesprächen mit den Betroffenen der Verdacht nahe, dass die Anwohner über das geplante Bauvorhaben der Stadt vom Immobilienentwickler nicht ausreichend informiert wurden.

Es wurden aber nun Verhältnisse geschaffen, die es notwendig machen, diese alten Beschlüsse zu überdenken und neue Lösungen zu finden.

Die Bewohnerinnen und Bewohner von derzeit fast über 300 Wohneinheiten und ihre Anliegen dürfen von dieser Stadtregierung nicht ignoriert werden.

Vor allem, da die Führung einer Straßenbahntrasse von allen Beteiligten als sinnvoll erachtet wird und die derzeitige Versorgung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ausreichend gegeben ist, ist ein tauglicher Kompromiss und eine sinnvolle Alternative zu diesem Alleingang der Vizebürgermeisterin zu finden.

Daher stelle ich den

### **dringlichen Antrag,**

der leider auch amputiert wurde und nur mehr in einem Punkt nun zulässig ist. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Sämtliche Maßnahmen zur Umsetzung der Bustrasse an der im Motivenbericht beschriebenen Örtlichkeit werden vorläufig ausgesetzt.

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Betroffene von Wohnen im Park! Auch wir Freiheitlichen werden selbstverständlich diesen dringlichen Antrag unterstützen, entspringt ja nicht zuletzt auch einer gemeinsamen Initiative mit KPÖ, BZÖ und ich nehme auch an, dass sich auch die SPÖ heute noch anschließen wird, und vielleicht können ja unsere Argumente auch noch den einen oder anderen von der ÖVP und den Grünen überzeugen, hier dieses Projekt jetzt einmal vorerst auszusetzen, weil Argumente dafür gibt es ja wahrlich keine. Aber ich möchte zuerst ganz kurz auf die Trasse eingehen. Im Jahr 2002, der Kollege Schröck hat das erwähnt, als die

Trassenführung einstimmig hier herinnen auch beschlossen worden ist, war von einer Siedlung in dieser Form, in diesem Ausmaß noch nicht die Rede. Da reicht ein Anruf bei dem damals zuständigen Stadtrat Franz Josel. Und erst als dann, und das ist interessant und da sieht man natürlich dann auch in weiterer Folge diese Verquickungen, wie sie sich darlegen, erst als dann Stadtrat Rüscher verantwortlich war für die Stadtplanung, ist es dann recht schnell gegangen, Stichwort Anhebung der Bebauungsdichte etc.

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Rüscher: Das ist verlogen.***

GR. Mag. **Sippel**: Das ist nicht verlogen, da reicht ganz einfach ein Anruf beim ehemaligen Stadtrat, Ihrem Vorgänger Franz Josel und der wird das Ihnen bestätigen. Ich empfehle Ihnen das auch. Und ich möchte jetzt, Sie können dann nachher noch dazu Stellung nehmen, jetzt möchte ich fortfahren in meinen Ausführungen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Für uns Freiheitliche ist es natürlich klar, auch wir bekennen uns selbstverständlich zur Anbindung des Grazer Nord-Westens an das Straßenbahnnetz, dagegen hat auch kein Anrainer, kein Einziger, der heute hier ist, auch nur im Geringsten etwas. Und eines ist auch klar, die Politik kann nichts dafür, dass die Bewohner anscheinend von Wohnungsgenossenschaften nicht ganz korrekt, ich möchte fast sagen, falsch informiert wurden. Also die Geschichte von den Vorverträgen bis zu den schlussendlichen Mietkaufverträgen. Und auch ist anscheinend die Architektur nicht auf den öffentlichen Verkehr, der durch die Siedlung geführt werden soll, eingegangen. Aber jetzt ist die Politik gefordert, Flexibilität an den Tag zu legen. Es gibt keine Notwendigkeit, jetzt diese Busanbindung der Linie 40 auf der geplanten Trasse durch die Siedlung vorzunehmen. Die Siedlung ist bestens an den öffentlichen

Verkehr angebunden, maximal fünf Minuten, kein einziger Bewohner will hier vor seiner Haustüre fast im Wohnzimmer sozusagen hier die Bushaltestelle (*Applaus Zuschauer*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich habe eine Bitte, es gibt eine Geschäftsordnung in diesem Hause und es ist eine ZuhörerInnengalerie, ich darf es noch einmal wiederholen, sowohl Zufall- als auch Unmutsäußerungen sind hier untersagt und ich bitte Sie, auch wenn es im Herzen jetzt brennt, da oder dort Beifall zu geben, das zu unterlassen.

GR. Mag. **Sippel**: Keiner der Betroffenen will diese unnötige Lärmbelästigung bis 90 Dezibel, keiner will den Gestank und keiner will sich und die Kinder dieser Gefahr aussetzen. Keiner will diese unnötige Minderung der Lebensqualität. Und mit Verlaub gesagt, Frau Vizebürgermeisterin, Ihre Aussage, quasi den Bewohnern hier zu empfehlen, wenn sie mit der Bustrasse nicht leben wollen, dann sollen sie sich eine andere Wohnung suchen, das ist verachtend und zeugt von ihrer ideologisch motivierten politischen Sturheit, ich möchte fast sagen, hier auch sagen Dummheit (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich darf Sie ersuchen, sich für das Wort Dummheit zu entschuldigen und es zurückzunehmen.

GR. Mag. **Sippel**: Es ist heute schon öfter gefallen, der Ausdruck Dummheit, wenn Sie bei mir da so zimperlich sind, nehme ich es natürlich zurück.

***Zwischenruf GR. Grosz: Aber der Stadtrat Rüschi...***

GR. Mag. **Sippel**: Ja, das sind wir wieder bei dem Thema unterschiedliche Auslegung. Ich möchte zum Schluss kommen. Es gibt dann für Sie Gelegenheit, darauf einzugehen. Das Vorhaben dieser Bustrasse bringt für niemanden etwas, es gibt, wie gesagt, kein einziges vernünftiges Argument. Beenden wir alle gemeinsam hier und heute diese Drüberfahrerpolitik, machen wir nicht etwas, das jetzt viel Geld kostet und das niemand will. In zehn bis 20 Jahren, wenn man dann an die Realisierung der Straßenbahn auch kommen, dann ist dieser Trassenausbau noch früh genug und reden wir hier auch nicht, Herr Bürgermeister, von irgendeinem übergeordneten Verkehrskonzept, keine zukunftsorientierte Verkehrsplanung braucht jetzt diese Busspur. Danke (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr.<sup>in</sup>. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Siedlungsgemeinschaft, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zunächst, Herr Bürgermeister, möchte ich dazu feststellen betreffend von Ihrer Reaktion heute zu Mittag gegenüber von der Siedlungsgemeinschaft, ich finde es nicht allzu passend, wenn Sie die Siedlungsgemeinschaft auf die Art, wie Sie es gehandhabt haben, praktisch wieder ausgelassen haben und ich hoffe, dass die Siedlungsgemeinschaft, die ja wirklich für ihre Rechte und für ihr Wohlbefinden kämpft, ja massivst kämpft,



dass diese auch entsprechend begrüßt wird, wenn Sie mir zuhören, Herr Bürgermeister. Der Herr Bürgermeister glänzt durch Abwesenheit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich glänze nicht durch Abwesenheit, ich bin hier und ich werde und habe, wie Sie wissen, hier die schwierige Aufgabe, auf viele Fragen und Diskussionspunkte immer wieder einzugehen und wenn ich mich mit der Frau Vizebürgermeisterin abzusprechen habe, brauchen Sie keine Sorge haben, dass ich Ihnen nicht zuhöre (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr<sup>in</sup>. **Sprachmann**: Dann stelle ich fest, dass die Begrüßung als Zeichen der Höflichkeit noch immer nicht stattgefunden hat. Die SPÖ, die war entgegen von dem, dass anscheinend immer angeführt wird, dass wir uns jetzt anhängen auf etwas, diejenige Fraktion, die vor Ort war mit unseren Otto Trafella und die als Erstes klar festgestellt hat, dass wir gegen diese Buslinie durch eine Siedlung sind, und genauso hat unsere Stadträtin Martina Schröck dieses Stück zurückstellen lassen im Stadtsenat gemeinsam mit der KPÖ und zusätzlich ist unser Stadtrat Edi Müller und unser Parteivorsitzender ebenfalls massivst aufgetreten für die Interessen von den BürgerInnen vom Bezirk Lend und hier von der Siedlungsgemeinschaft. Ich persönlich, ich finde, dass was hier gerade vorfällt mit dieser Buslinie durch eine Siedlung einen absoluten Schildbürgerstreich, da wird doch eine Buslinie gebaut zu einem Megageld von 820.000 Euro, glaube ich, durch eine Siedlung, wo dann das Wohn- und das Wohlbefinden der Bevölkerung gestört wird, die Bevölkerung das gar nicht will, wo 800 Personen in etwa davon betroffen sind und eine einzige Person sich bei einer Abstimmung dafür ausgesprochen hat und die restlichen aber nicht. Es ist eine unwahrscheinliche Handlungsweise, eine unwahrscheinliche Drüberfahrermentalität, die hier praktiziert wird von Grün und Schwarz, gegen die Interessen von einer

Teilgruppe unserer Bevölkerung und ich verstehe es persönlich nicht, warum unsere Lisa Rücker hier als ein weiblicher Don Quichote gegen Windmühlen rennt, obwohl niemand das will, und dafür steht die SPÖ nicht und wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen und dem Inhalt auch nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*). Entschuldigung, zustimmen, wir stimmen Dringlichkeit und Inhalt zu. Entschuldigung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Dr. Sprachmann! Ich möchte nur zur Berichtigung sagen, dass ich heute zu Beginn der Sitzung alle Damen und Herren auf der Galerie begrüßt habe, dass ich auch versucht habe, den Damen und Herren mitzuteilen, dass diese Diskussion viel, viel später stattfinden wird und dass wir uns jetzt auch bemüht haben, dass die Damen und Herren hier nicht noch länger warten, weil laut Geschäftsordnung müssten wir ja viele andere Kolleginnen und Kollegen mit ihren Anträgen vorziehen. Ich sage das nur dazu, wenn mir der Vorwurf gemacht wird, ich würde die Damen und Herren nicht begrüßen, ich habe es auch am Montag getan (*Applaus ÖVP*).

**Zwischenruf GR. Schröck: Aber das war es schon mit dem Entgegenkommen.**

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anrainer, Betroffene! Wenn sich Menschen für ein Thema in diesem Ausmaß interessieren und hierherkommen und sich einsetzen, dann ist wirklich Feuer am Dach, und ich sehe allein in den bisherigen Beiträgen und in dem, was in der Presse, in den Medien drinnen war, dass hier, besonders die Frau Vizebürgermeister, ein erhebliches Kommunikationsdefizit, ich formuliere es einmal höflich, an den Tag

gelegt hat, eine Art und Weise mit den Bürgern umzugehen, die wir als Politiker, als Grazer Gemeinderäte ja fast gewohnt sind, wenn ich nur denke, wie in Rudersdorf vorgegangen worden ist, der Puntigamer Bevölkerung gegenüber, wo angedeutet worden ist, dass man, egal welche Einwendungen kommen, darüberfahren wird, dass man seine politische Klientelpolitik seiner Ortsgruppe in Puntigam, wo man noch nicht so richtig verankert ist, entsprechend unterstützen wird, dass man dort Geld investieren möchte auf Teufel komm raus, da spielt dann auf einmal das Geld überhaupt keine Rolle und dass darüber hinaus auch eine selektive Einladungspolitik unternommen wird, nämlich nur die, wo man weiß oder davon annehmen kann, dass man sie auf seiner Seite hat oder gewinnen wird können, die werden eingeladen und die anderen werden eigentlich außen vor gelassen oder erfahren eigentlich von der Veranstaltung erst im Nachhinein und dann heißt es, ihr habt euch ja nicht eingebracht. So darf man mit den Bürgern nicht umgehen, das sage ich Ihnen und uns allen als unabhängiger Gemeinderat. Was aber in der Sache her wirklich aufklärungsbedürftig ist, ist die Grundlage, in welchen Verträgen, auf einmal Vorverträgen gesprochen worden, dann Mietkaufverträge, wo sind diese Grundlagen wirklich drinnen, wo die Bürgerinnen und Bürger ganz klar wissen müssten, unter welchen Bedingungen sie hingezogen sind. Steht es im Grundbuch oder steht es nicht im Grundbuch, das wäre zum Beispiel eine Frage und ich denke darüber hinaus, dass man auch an Alternativen denken sollte, und ich sage, neben Straßenbahn und konventionellen Autobussen gäbe es auch die Möglichkeit, wie in Perchtoldsdorf zum Beispiel, wo solarbetriebene E-Busse eingesetzt werden, wo man nicht über Trassierungen reden muss, dass man über Gärten darüberfahren muss, Spielplätze verlagern muss usw., um entsprechend an den öffentlichen Verkehr, wenn er ausgebaut werden soll, entsprechend zu implementieren. Und ich sage zum Schluss auch noch ganz deutlich, wo Menschen leben und wo Menschen ihre Lebensgrundlagen haben, so muss man diese Rechte der dort lebenden Menschen wirklich wahren und man darf nicht darüberfahren und eingreifen und dann zu diesem nonchalanten Argumenten kommen, ja dann zieht halt weiter, dann gebt halt eure Wohnung auf und schaut, wie ihr weiterkommt, so geht man mit den Menschen

in Graz nicht um, das darf es heute nicht geben und morgen auch nicht. Danke. Ich unterstütze den Antrag in Dringlichkeit und im Inhalt.

***Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rücker: So ist es auch nicht gesagt worden.***

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne eine Aussage vom Herrn Gemeinderat Sippel hier tatsächlich richtigstellen und ich denke, dass diese Aussage auch für Sie auf der Galerie einfach wichtig ist bei der Bewertung, wie eben die heutige Situation zustande gekommen ist. Es hat im Jahr 2002 einen Bebauungsplan gegeben, der hier im Gemeinderat behandelt wurde und dem Bebauungsplan lag zugrunde ein Architekturwettbewerb. Und in diesem Architekturwettbewerb ist nicht nur die Trasse, sondern es ist auch die genaue Bebauung und auch die Dichte festgelegt worden. Die Dichte ist festgelegt worden mit 0,3 bis 0,8, und den Bebauungsplan kann auch jeder einsehen, den ich hier habe, er ist aus dem Jahr 2002, ist sowohl die Form der Gebäude als auch die Lage der Gebäude genau eingezeichnet und zwar so, dass sie dann im Bau selbst auch eingehalten werden muss. Dieser Bebauungsplan ist, wie gesagt, im Jahr 2002 beschlossen worden und ich darf Ihnen allen mitteilen hier auf der Galerie, dieser Bebauungsplan ist hier einstimmig beschlossen worden. Er ist eingebracht worden vom damals zuständigen Stadtrat Josel und er ist hier im Gemeinderat einstimmig beschlossen worden. Also im Sinne von Willkür gegenüber bisherigen Entscheidungen oder eine nachträgliche Erhöhung der Dichte oder nachträgliche Gestaltung der einzelnen Gebäude kann einfach nicht gesprochen werden, sondern es ist im Jahr 2002 einstimmig hier im Gemeinderat genau das beschlossen worden, es ist auch bei der Busstraße etwa festgehalten im Bebauungsplan, dass es eben zunächst eine Busstraße ist und dann in späterer Folge zu einer Straßenbahnstrasse umgebaut wird. Ich denke, dass es für die Diskussion

einfach der Korrektheit willen wichtig ist, dass Sie das wissen, dass im Jahr 2002 das beschlossen wurde (*Applaus ÖVP*).

StRin. **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren hier im Gemeinderat und auch auf der ZuhörerInnenbühne! Ich sage es gleich vorweg, die KPÖ wird natürlich der Dringlichkeit und auch dem Antrag zustimmen. Man muss auch eines dazusagen, und das ist an Sie hier oben gerichtet, er wird wahrscheinlich keine Mehrheit finden. Das war mir klar, spätestens als ich das Stück für die Stadtsenatssitzung im August, zwei Tage, bevor die Sitzung stattgefunden hat, und eigentlich nur als einzigen Ausweg gesehen habe, dass wir überhaupt noch eine Diskussion zulassen können, das Stück absetzen habe lassen mit Unterstützung der heute hier schon aufgetretenen Parteien, die auch hier diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Eines muss man schon sagen fairerweise, und ich bin doch seit 1993 hier im Gemeinderat, es wird keinen Verkehrsreferenten seit damals und auch in Zukunft geben oder Verkehrsreferentin, die zum Ziel hat, ÖV-Maßnahmen zu verbessern und auszubauen, was nicht auf Widerstand stoßen wird. Das hängt damit zusammen, weil die Stadt Graz eine Verkehrspolitik einmal betrieben hat, die bestehende Linien rückgebaut hat, die älteren Damen und Herren, die werden wissen, die Linie 2 und wenn man jetzt von Gösting reden, vielleicht können sich auch viele erinnern an die Linie 3, die bis zum Schloßplatz, also eine großartige Straßenbahnlinie, die quer durch Graz geführt hat und von Leonhard direkt zum Erholungsgebiet bis Plabutsch das ermöglicht hat. Ich bin als Kind dort selber noch mitgefahren und ich bin stolz darauf, das sage ich auch, dass damals, wir haben nur einen Gemeinderat gehabt, aber der die Fahne hochgehalten hat und gewarnt hat vor diesem Rückbau und zwar aus einem einfachen Grund, weil die Bautätigkeit nimmt zu und wenn man nicht vorausschauend eine Politik betreibt, die eine Trassenvorsorge für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs trifft, wird sich Jeder und Jede schwer tun. Insofern ist meine Partei und auch ich konsequent, wir haben noch nie gegen eine Ausbaumaßnahme

dagegen gestimmt und wir sind auch nicht dagegen, das sage ich auch jetzt hier und heute, was den Straßenbahnausbau nach Gösting betrifft, aber, und ich habe hier mit vielen Bewohnerinnen und Bewohnern, vor allem auch der GWS-Wohnhausanlage, gesprochen, da kann jetzt natürlich die Politik sagen, für die Kommunikation zwischen den Genossenschaften und den Bewohnern können wir nichts dafür, aber ich weiß aus Erfahrung, immerhin bin ich Wohnungsstadträtin, wie solche Verträge zustande kommen und dass ein Großteil der jetzigen Bewohnerinnen und Bewohner nicht gewusst haben, wie sie sich dort diese Mietkaufwohnungen angekauft haben, was hier im Konkreten passiert und schon gar nicht natürlich, wenn hier Spielplätze angedacht sind, dann erst recht nicht. Was ich aber, und damit möchte ich wirklich jene, die heute vielleicht gegen diesen Antrag stimmen werden, wir haben es hier nicht mit kleinbürgerlichen, engstirnigen Autolobbyisten zu tun bei diesen Familien und Bewohnern, sondern das sind Menschen, die den ÖV benutzen mit dem Fahrrad und JahreskartenbesitzerInnen sind, also bereit sind, ja auch den öffentlichen Verkehr anzunehmen und das auch tun. Das Einzige, worum sie noch ersuchen ist, von dieser Maßnahmen abzusehen, ich halte das auch für unsinnig, weil einen Bus vermeintlich für die Bewohnerinnen und Bewohner jetzt durch die Siedlung durchzuführen, der ja links wieder abbiegt in die Wiener Straße als kurzfristige Maßnahme und die Bewohner alle, wie sie hier sind, sagen, wir brauchen ihn nicht, weil wir gehen diese paar Minuten zu Fuß und es reicht aus die jetzigen ÖV-Nutzungen, dann verstehe ich nicht, warum man hier starr festhält. Selbst wenn es diese Initiative nicht gäbe, würde meine Fraktion dagegen stimmen, das möchte ich auch noch sagen, und ich werde mich aber erst recht nicht, wenn die Bewohnerschaft, für die man es tun möchte, sagt, wir brauchen ihn nicht, dagegenstellen. Das ist eigentlich schon das Wahre und man kann mit Plänen, das weiß ich auch, weil wir bauen ja auch einige Gemeindewohnhäuser, am Plan schaut die Welt oft anders aus wie in der Praxis und ich bitte Sie, das ist mir auch klar, aber in dem konkreten Fall, gehen Sie wirklich, Jede und Jeder selber dort einmal hin und schauen Sie sich das an. Wenn Sie danach noch sagen, das ist eine gescheite Geschichte, dann verstehe ich Sie nicht und es hindert uns niemand, im Nachhinein gescheiter zu werden (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Sehr geehrte Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung und auch Mitkämpfer und Mitkämpferinnen, die Sie sich gegen diese Bustrasse und in weiterer Folge teilweise auch Straßenbahntrasse hierher begeben haben, um Ihrem Protest Nachdruck zu verleihen. Ich möchte ganz klar sagen, dass ich in einer gewissen Form, und das versuche ich auch, indem wir eine Kommunikationsform oder ich eine Kommunikationsform wähle, wo wir versuchen, im Gespräch zu bleiben, dass Sie heute hier sind und einen großen Frust haben, das ist für mich nachvollziehbar und verständlich, das stößt auf vollkommenes Verständnis. Sie haben sich auf etwas anderes eingestellt, aber auf einer Grundlage, wo Sie sagen, Sie fühlen sich nicht ausreichend informiert, das ist eine Tatsache, die Sie für sich so sehen. Es gibt dazu unterschiedliche Positionen, wie weit Sie informiert worden sind oder nicht, ich kann, das möchte ich noch einmal ganz klar sagen, ich schätze das, dass Sie hier sind, dass Sie sich für Ihre Anliegen einsetzen und muss trotzdem sagen, natürlich bin ich diejenige, und da ist in dem Sinn jetzt auch der Bürgermeister und die ÖVP mit im Boot, sind wir diejenigen, die jetzt Ihnen die undankbare Aufgabe gegenüber haben, als sozusagen herzlose und kalte Politiker und Politikerinnen eine Entscheidung zu vertreten, die aus gutem Grund lange vorbereitet wurde und die heute mehr denn je zur Umsetzung notwendig ist, das ist eine Grundlage, die ich Ihnen hier nicht wegreden kann und wegreden will. Bei all dem Verständnis dafür, dass Sie für Ihr Interesse, dort keine Bustrasse zu haben, auf die Straße gehen, das ist ok und das ist wichtig in einer Demokratie, aber ich möchte auf einen anderen Punkt eingehen, weil wir hier im Gemeinderatssaal sind. Wenn ich mir noch einmal hervorhole all die Beschlüsse, die in den letzten neun oder zehn Jahren, seit 1999 wird an dieser Siedlung geplant, hier herinnen getroffen wurden, im Juli 2002 Flächenwidmungsplan, im November 2002 der Bebauungsplan, im Dezember 2003 die Straßenbahnausbauprioritätenreihung, womit klar war, welche Trasse gewählt wird. Im Juni 2007 den Informationsbericht im Ausschuss, dass die Straßenbahn in der zweiten Ausbaustufe dort gelegt wird, dann die ganzen nachfolgenden Beschlüsse bis zum Jahr 2008 herauf, also auch in diese Regierungsperiode, wo immer wieder hier herinnen bestätigt wurde, dass dieser Weg gegangen wird. Und das, was mich

wirklich frappiert, ist, dass es da herinnen Fraktionen gibt, die ihre eigenen demokratiepolitischen Entscheidungsprozesse vollkommen in Frage stellen. Wie soll auf so einer Grundlage in dieser Stadt vernünftige und nachhaltige Politik jemals möglich sein, wenn ihr bei vollem Bewusstsein, ich nehme an, ihr wart bei jedem Beschluss, der da gefasst wurde, bei jeder Diskussion im Ausschuss mit vollem Geist dabei und habt gedacht damals womöglich, es ist vernünftig, das so zu entscheiden und heute ist das plötzlich anders? Das ist billige Politik, die nicht an morgen denkt, und wenn ihr euch dazu bekennen wollt (*Applaus Grüne und ÖVP*)...

***Zwischenruf GR. Eichberger: Wie viele Beschlüsse haben wir denn schon gefasst, die dann wieder umentschieden wurden?***

Bgm.-Stvin. **Rücker:** ...dann macht ihr das, das ist keine Politik am Bürger, weil ihr morgen erklären werden müsst, warum man heute plötzlich flexibel sein soll mit Entschlüssen, die gut vorbereitet sind und dann morgen umwirft, dann machen wir das in Zukunft mit all den Beschlüsse (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), aber dann können wir dieses Gremium hier herinnen, das das höchste Entscheidungsgremium der Stadt ist, wirklich langsam in Frage stellen, weil dann machen wir Politik nach der Kronen Zeitung und damit hat es sich, aber dazu brauchen wir keinen Gemeinderat (*Applaus Grüne*).

GR. **Mayr:** Sehr geehrte Damen und Herren von Wohnen im Park, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir von der ÖVP-Fraktion haben in den letzten Wochen natürlich auch intensiv noch einmal über dieses Projekt, auch intern, diskutiert. Viele von Ihnen



waren in Kontakt mit Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, mit Stadtsenatsmitgliedern aus allen Fraktionen, und wir haben also da durchaus Ihre Argumente aufgenommen und diskutiert. Ich möchte sagen, es sind mehrere Themen, um die es hier zunächst einmal geht. Das erste ist heute schon angesprochen worden. Wir haben in Graz, nicht nur in Graz, im urbanen Bereich insgesamt oft den Vorwurf, wir lassen Bautätigkeiten zu, ohne vorher rechtzeitig für die Infrastruktur zu sorgen, das ist eigentlich der Standardvorwurf, wir bauen, dann gibt es keine gescheiterten Straßen, dann gibt es keinen gescheiterten ÖV, dann ist der Kanal nicht richtig situiert, etc. Wir versuchen bei großen Entwicklungskonzepten wie dem Stadtentwicklungskonzept, auch bei den Bebauungsplanplänen natürlich, diese Infrastruktur rechtzeitig vorzusehen, und glauben Sie nicht auch, wenn Sie jetzt nicht unmittelbar Betroffene wären und Sie würden von einem Wohnbauprojekt mit 1000, 1200 und mehr zukünftigen BewohnerInnen hören, das derzeit nur am Rande vom ÖV erschlossen ist, das durchgehend keinen Rad- und Fußweg hat, dass Sie der Meinung wären, da ist die Stadt säumig, da müssten die etwas tun und so waren auch die Überlegungen der Stadt Graz in den letzten zehn Jahren. Meine Damen und Herren, wir haben jetzt im Stadtentwicklungskonzept die intensive Diskussion, dass wir Wohnbau nur mehr dort zulassen können, wo wir einen Umgebungsradius für ÖV von zirka 300 Meter haben, das ist bei Ihnen, würden wir diese Trasse nicht legen, nicht der Fall. Insgesamt, habe ich heute auf Ihrer Webseite gesehen, sind zirka 300 Personen in der Initiative Wohnen im Park vereint, denken Sie aber auch möglicherweise an all jene, die noch zukünftig dort kommen werden und die natürlich auch den ÖV nutzen möchten. Sie schreiben jetzt auf Ihrer Homepage auch, dass Sie gegen die Straßenbahntrasse sind, das war mir neu, davon habe ich bisher nicht gehört, aber das steht jetzt auf Ihrer Homepage so drauf. Dazu wirklich ein klares Bekenntnis von unserer Seite, diese ÖV-Trasse ist wirklich wichtig für die Erschließung des Nord-Westens, an der können und dürfen wir aus städteplanerischer Sicht nicht rütteln. Die Frau Stadträtin Kahr hat das in ihrer Stellungnahme auch entsprechend angeführt. Was kommt, was bleibt, ist die Diskussion um die Bustrasse. Meine Damen und Herren, wir verstehen alle natürlich

Ihre Anliegen, vor allem von denen, die jetzt in unmittelbarer Betroffenheit sind, aber bitte relativieren Sie auch diese Interessen mit den Interessen aller anderen BewohnerInnen in Ihrem Gebiet und die Interessen der ÖV-Erschließung dort insgesamt. 200 Busse am Tag, 200 Fahrten eines Fahrzeuges ist in anderen Wohngebieten etwas, wovon die Bürgerinnen und Bürger nur träumen können, 200 Fahrten eines Kfz ist eine extrem ruhige Situation, Sie haben zusätzlich die Geh- und Radwegerschließung. Sehen Sie auch den Vergleich mit anderen Regionen. Ja natürlich, die Werbung der Bauträger, der Baugenossenschaften war sicher nicht ausreichend, da gibt es alle mögliche Mängel, aber dennoch bleibt es eine sehr ruhige und eine autofreie Siedlung mit hoher Lebensqualität. Meine Damen und Herren, wir haben uns insgesamt von Seiten der ÖVP-Fraktion daher dazu bekannt, dass wir für den Ausbau des ÖV, für die Trasse des Fuß- und Radweges bleiben werden. Ich weiß, dass Ihnen das persönlich jetzt nicht gefallen wird, bedenken Sie bitte nur, auch bei den Wortmeldungen der anderen Fraktionen hier in diesem Haus, die Frau Vizebürgermeisterin hat es aufgezählt, die waren alle bei allen Beschlüssen mit dabei und wenn Sie das nicht glauben, ich habe hier alle Unterlagen, ich zeige es Ihnen gerne, es ist die Wahrheit, jede andere Behauptung stimmt definitiv nicht. 2007 schlussendlich war der Ankauf des Hirtenklosterareals (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) für diese Busstrecke, die Frau Stadträtin Kahr selbst hat hier noch einmal Fragen gestellt, das ist im Protokoll nachzulesen, vor dieser Beschlussfassung, und es ist ganz offensichtlich, dass klar war, dass nicht nur auf die Straßenbahnerschließung gewartet wird, sondern dass es im Vorfeld bereits eine Erschließung mit der Buslinie geben wird. Also alle, die bei den Beschlüssen dabei waren, haben gewusst, um was es geht und es sind einstimmige Beschlüsse gefasst worden. Meine Damen und Herren, in Ihrer Umgebung sind die ÖV-Haltestellen nicht in unmittelbarer Nähe, die Geh- und Radwegerschließung ist für dieses Areal wichtig, auch für die weiteren Bauetappen, die Richtung Norden noch folgen werden, ist einfach diese Trasse wichtig und entscheidend und glauben Sie mir, es wird natürlich darauf geachtet werden, dass die Trassenführung und die Situierung auch des neuen Bereiches des Kinderspielplatzes etc. natürlich für Sie akzeptabel und verträglich sein

wird, aber die Trasse an sich und die Erschließung ist wichtig, und viele Einwohnerinnen und Einwohner dieses Gebietes in Zukunft würden die Stadt mit vollkommenem Recht im Nachhinein sozusagen schelten, dass sie damals nicht für diese Trasse gesorgt haben. Die Trassenerschließung ist in ganz Graz schwierig, die Frau Stadträtin Kahr hat richtigerweise gesagt, in den 60er-Jahren sind Fehler gemacht worden, diese Trassen sind abgebaut worden, wir versuchen, sie wieder herzustellen, aber wenn Sie in dieser Stadt mit einer hohen Lebensqualität leben wollen, dann brauchen wir diese Erschließung. Noch etwas zu Ihrem konkreten Gebiet. Es ist dort auch eine relativ große Tiefgarage und diese Tiefgarage müsste ungefähr die doppelte Größe haben, wenn diese ÖV-Erschließung nicht mitgeplant worden wäre, weil dann wäre der Stellplatzschlüssel von 1 : 1 so nicht möglich gewesen. Ihre Wohnungen hätten sich alle verteuert, Sie hätten diese mindestens verdoppelte Tiefgarage mitbezahlen müssen, so ist es eine autofreie Siedlung geworden, was nur dadurch möglich ist, dass Sie jetzt auch eine sehr gute ÖV-Erschließung bekommen werden. Meine Damen und Herren, zu den Flugblättern der Kolleginnen und Kollegen von anderen Fraktionen ist einfach nicht mehr viel zu sagen, also wir erleben hier die Neugründung von mindestens drei bis vier Fraktionen in den letzten Wochen, die sich komplett verabschieden von der Verkehrspolitik und von den Beschlüssen aus den letzten zehn Jahren.

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Man kann lernen aus der Politik.***

***Zwischenruf GR. Eichberger: Das ist reine Sturheit.***

GR. **Mayr**: Und wir könnten kiloweise aus den Protokollen des Gemeinderates die Vorwürfe der SPÖ, der KPÖ, der FPÖ, des BZÖ ausheben, wo drinnen steht, ihr sorgt nicht für eine vernünftige Infrastrukturerschließung, und genau dem kommen wir jetzt nach und ich bitte auch die anderen Fraktionen, diesem übergeordneten Interesse entsprechend auch bei ihren Beschlussfassungen, die Sie über zehn Jahre durchgehalten haben, bei diesem konkreten Projekt auch jetzt nachzukommen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Die ÖVP lehnt daher die Dringlichkeit dieses Antrages ab, wir bleiben sozusagen bei unserer Linie, nur weil der Kollege Schröck noch einmal...

GR. **Schröck**: Kollege Mayr, ich danke für die erschöpfende Ausführung, die nicht ein einziges Argument für diese Trasse gebracht hat (*Applaus FPÖ und BZÖ*), und in Wirklichkeit ist es ja unfassbar und ein starkes Stück, da stehen mindestens 50 verzweifelte Bewohner einer Siedlung, die heute herkommen, die verzweifelt sind, die um ihren Lebensraum fürchten, die die Politik um Hilfe bitten, und die Kollegen von Schwarz/Grün können nicht einmal eine Dringlichkeit erkennen. Sie können nicht einmal die Dringlichkeit dieses Problems erkennen. Drehen Sie sich um und schauen Sie einmal da rauf, das soll nicht dringlich sein? Wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz/Grün, war denn schon in dieser Siedlung? Wer war in dieser Siedlung, und trotzdem reißen Sie jetzt bei der Abstimmung gleich die Hände in die Höhe, apportieren vor der Vizebürgermeisterin, die mit diesem Beschluss...

**Zwischenruf GRin. Mag.<sup>a</sup> Ennemoser: 2008 hast du mitgestimmt, liest du deine Stücke nicht?**

GR. **Schröck**: ...einzig und allein ihren ideologischen Hass auf die Autofahrerinnen und Autofahrer in dieser Stadt auslebt (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Und bei diesem ideologischen Hass völlig auf die Bürgerinitiativen und völlig auf die Bürgerinnen- und Bürgerinteressen pfeift und zwar mit einem Lachen pfeift. Und ganz im Gegenteil, Frau Vizebürgermeisterin, Sie stoßen in Ihrem Webblog auch noch diese Bewohnerinnen und Bewohner vor den Kopf, indem Sie trotzig behaupten, es wäre eh nur ein Grüppchen von 20 Krawallanten, die sich einfach nur gegen Ihre Idee des öffentlichen Verkehrs stellen, das stimmt nicht, das ist einfach nicht richtig. Aber Ihr ideologischer Panzer macht Sie resistent gegen politischen Hausverstand und vor allem Ihrem Auftrag als Politikerin nachzukommen, nämlich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger hier ernst zu nehmen. Und es bleibt eines von Ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, es bleibt eines von Ihnen, es gibt Irrtümer, es gibt politische Kurzsicht und es gibt die Lisa Rücker doch drinnen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Und, liebe ÖVP, allein die Lisa Rücker zur Verantwortlichen im Verkehrsbereich gemacht zu haben, ist ungefähr so intelligent, wie einen Kettenraucher zum Atemtherapeuten zu ernennen (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Und die Vizebürgermeisterin sagt dann auch noch mit einem Lächeln, ja es tut mir zwar leid, ich verstehe das ja alles, aber ich kann mich leider nicht bewegen, es ist alles in Stein gemeißelt, ich kann nichts machen. Mit dieser Einstellung, mit dieser Engstirnigkeit, Frau Vizebürgermeisterin, und ich habe es Ihnen schon einmal gesagt, ich sage es jetzt wieder, Sie können mit beide Augen durch ein Schlüsselloch schauen mit dieser Engstirnigkeit. Was Sie aber nicht mehr können, ist diesen Bewohnerinnen und Bewohnern in die Augen schauen, das können Sie nicht mehr und darüber sollten Sie und Ihre KollegInnen von der ÖVP einmal nachdenken (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren auf der ZuhörerInnengalerie, hoher Gemeinderat! Ich darf bitten, dass wir die Emotionen wieder vielleicht im Zaum halten. Populismus bezeichnet eine Politik, die sich volksnah gibt, die

Emotionen, die Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke nützt und vermeintlich einfache Lösungen für politische Probleme anbietet. Und, meine Damen und Herren, ich stimme gleich drüber ab, aber diese paar Zeilen seien heute hier erwähnt, weil sie stammen vom 11. 11. des Jahres 2002, aus jenem Stück, das der Gemeinderat hier einstimmig beschlossen hat. Da war das BZÖ noch Bestandteil der FPÖ. Im Jahr 2008 hat auch das BZÖ, das wird die Menschen aber, wenn ich so sagen darf, gar nicht mehr allzu sehr interessieren, weil die Damen und Herren am Montag zu uns gekommen sind mit einem Plakat, und auf diesem Plakat ist, glaube ich, draufgestanden, dass ist eine grüne Idee und die Volkspartei geht mit. Ich möchte Ihnen jetzt nur noch einmal vorlesen, es wurde ein Stück eingebracht am 11.11.2002, um Ihnen diese Wohnungen zu ermöglichen, und zum damaligen Zeitpunkt wurde eingebracht dieses Stück von einem für den Bau in der Stadt zuständigen Referenten, Franz Josel, der für die FPÖ hier in der Regierung gesessen ist. Er wurde damals beraten von einer Verkehrsabteilung, die damals dem Vizebürgermeister Walter Ferik unterstand, und ich will Ihnen jetzt diese Passage vorlesen, die für mich auch wichtig war, auch wenn ich Ihnen heute quasi keine Freude in Ihrem persönlichen Anliegen machen kann, aber da steht Folgendes drinnen: Gemäß einer Vorgabe der Stadtbaudirektion, Verkehrsreferat ist in der Mitte des Planungsgebietes eine Trasse für den öffentlichen Verkehr, dann noch die genaue Ausführung, vorgesehen. Diese mittige Erschließung soll ausschließlich dem öffentlichen Verkehr, dem Rad- und Fußverkehr sowie teilweise der inneren Erschließung der Siedlung, nicht jedoch dem Kfz-Individualverkehr dienen. Und jetzt kommt ein wichtiger Punkt: Und vorerst eine Busführung, später eventuell eine Straßenbahnführung aufnehmen. Die ÖV-Trasse soll mit dem 3. Bauabschnitt errichtet werden. Meine Damen und Herren, all das, was jetzt genau passiert und so wie es geplant war vom Jahr 2002 weg, und es braucht niemand und vor allem keine Faktion, es waren einige Personen noch nicht da, aber es braucht niemand sagen, dass er bei den sieben Beschlüssen nicht gewusst hat, was dabei ist. Und, meine Damen und Herren, einen Satz und Sie werden mir vielleicht auch da böse sein, ich kann Sie nur ersuchen, weil ich mir angeschaut habe, was ist das für ein Vorvertrag. Sie wissen auch, dass diese Vorverträge, die Sie von der

ÖWGES, also vom Bauträger, bekommen haben, eine Vorgabe des Landes Steiermark ist, um in den Förderungsbereich zu kommen. In diesen Unterlagen, wenn ich so sagen darf, stehen nirgends genaue Fußführungen etc. drinnen. Es war quasi ein Vorvertrag, der für die Förderung notwendig ist. Der Mietvertrag wurde mit den Schlüsseln quasi mitübergeben und es ist zumindest auch von Seiten der ÖWGES klar gelegt worden, dass in allen Verkaufsunterlagen, auch diese Trassenführung drinnen auch in den Bildern, und ich habe sie auch da, da sind. Sie haben etwas unterschrieben, und jetzt sage ich noch einmal, ob man Sie getäuscht hat oder nicht, können wir nicht beurteilen, wir wollen Ihnen heute nur noch einmal sagen, es werden in etwa 1200 bis 1.500 Menschen dort wohnen und die haben unabhängig jetzt, es gibt viele die sagen, mir sind diese fünf Minuten oder diese 500 Meter recht, es werden dort noch Menschen einziehen, die werden diese Strecke vielleicht nicht zurücklegen können und deswegen kommt es jetzt zu dieser Entscheidung. Ich wollte Ihnen das heute aber auch noch sagen, auch wenn es uns sicherlich schwer fällt, Ihnen, wenn ich so sagen darf, dabei in die Augen zu schauen, aber dieses gesamte Interesse, das wir zu vertreten haben, ist in der Politik manchmal auch sehr, sehr schwer wirklich zu vertreten.

StR. Mag. **Müller** zur Geschäftsordnung: Darf ich mich zur Geschäftsordnung zu Wort melden, ich möchte das nämlich hier jetzt sagen. Es ist so, wir haben heute sehr viel über formelle Dinge gesprochen, Geschäftsordnung etc. und ich habe mir jetzt die Frage gestellt eigentlich, weil ich habe gedacht, es ist so, dass man dann, wenn man zu den Dringlichen spricht, dass es dann mit dem Schlusswort abgeschlossen ist (*Applaus SPÖ*)...

**Zwischenruf GR. Schröck: *Alle sind gleich, nur der Bürgermeister ist gleicher.***

StR. Mag. **Müller:** ...ich möchte darauf hinweisen auch, dass es natürlich ein Rederecht des Vorsitzenden gibt, aber ich möchte auch darauf hinweisen, ich will dieses Recht überhaupt nicht absprechen, aber es hat vorher auch noch Versuche von Wortmeldungen gegeben und was ich nur sagen wollte, dass es dazu kommt, kann man gerne den Herrn Magistratsdirektor auch dazu befragen, er wird das alles erläutern, aber dass wir, wenn wir so genau sind mit der Geschäftsordnung, dass wir sie dann auch einhalten (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass ich in der Vorsitzführung das Wort ergreifen kann und das habe ich jetzt auch getan, auch im Besonderen deswegen, weil die Damen und Herren begleitet von Kolleginnen und Kollegen aus Stadtregierung und Gemeinderat am Montag für mich überraschend gekommen sind, wir andere Damen und Herren, die ihre Termine hatten, warten haben lassen, und weil ich heute auch nicht haben wollte, dass auch unser Verkehrssprecher nicht zu Wort kommen kann. Sie werden sicherlich mir verzeihen, dass ich mich auch noch einmal jetzt persönlich an Sie gewendet habe, um Ihnen zu sagen, dass wir diese Beschlussfassung jetzt in der Form durchführen werden, wie wir es schon angekündigt haben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz** zur Geschäftsordnung: Kollege Müller, jawohl es ist das Schlusswort, aber es ist auch in der Geschäftsordnung klar festgelegt, dass der Bürgermeister sich



immer zu Wort melden kann, wann er will und in was für einem Umfang auch immer und es nutzt aber auch nichts. Auch noch die noch so längste und leerste Worthülse macht den gelebten Wortbruch des Herrn Nagl nicht wahrer und da kann man auch die Geschäftsordnung nicht dehnen, sondern die Wahrheit wird siegen und die Menschen werden enttäuscht werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Grosz, ich darf Sie auch künftig ersuchen und ich darf dich auch ersuchen, dass du nicht zum wiederholten Male hinausgehst, um nicht geschäftsordnungsgemäß dann im Sinne von Berichtigungen oder von der Geschäftsordnung zu agieren, sondern dann einfach noch einmal ein Statement abzugeben.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Darf ich alle ersuchen, die jetzt ein dringendes Redebedürfnis haben, mit Ausnahme von der Frau Kollegin Jahn, den Raum zu verlassen und draußen weiterzuplaudern, wobei ich mich sehr freuen würde, wenn Sie dablieben, dass Sie ihren Aufgaben und ihre Verpflichtung auch nachkommen.

## **6) Sicherung der Interessen der Stadt Graz durch Erlassung einer Bausperre für das Reininghausareal/Zwischennutzung des Areals**

GRin. Jahn stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Jahn:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserem dringlichen Antrag geht es um das Reininghausareal und zwar im Grund genommen um zwei Punkte. Einerseits um die Sicherung der städtischen Planungsinteressen vor Ort und um die Frage der Bausperre, und unser zweiter Punkt ist die Frage der Zwischennutzung des Areals. Die Stadt Graz hat sich mehrfach klar zur Bedeutung des ehemaligen Reininghausareals bekannt als ein Areal, das für uns für unsere Stadtentwicklung besonders wichtig ist. Unter anderem haben wir hier alle gemeinsam ebenfalls einstimmig den Rahmenplan zu Reininghaus beschlossen, und zwar war das letztes Jahr im Februar.

Nachdem der Eigentümer die gemeinsame Entwicklung des Areals mit der Stadt beendet hat, zumindest im Moment, ist für die Stadt Graz dringender Handlungsbedarf eingetreten. Wie sich bereits anlässlich eines mittlerweile schon erfolgten Verkaufs gezeigt hat, nämlich an den ÖAMTC, kann es sein, dass es hier Konflikte gibt zwischen den städtischen Interessen und den Interessen von einzelnen Bauwerbern und von einzelnen Firmen, die dort von den Grundstücken auch profitieren wollen und dort ihre Projekte verwirklichen wollen. Daher müssen wir unverzüglich auch überlegen, wie wir unsere Ziele als Stadt Graz in der Stadtentwicklung mit geeigneten Maßnahmen hier absichern können. Eine wichtige Maßnahme ist aus grüner Sicht in diesem Zusammenhang eine schnelle Verhängung einer Bausperre, durch die sowohl Spekulationen als auch Nutzungen, die dem künftigen Stadtentwicklungskonzept widersprechen und die die geplante Entwicklung des Areals dauerhaft verunmöglichen, verhindert werden.

Uns ist klar, und es wurde auch im Ausschuss schon hinlänglich diskutiert, dass die Bausperre da nur einer von vielen dringenden notwendigen Schritten ist, und zwar

der erste. Weitere notwendige Schritte sind unter anderem die Änderung der Widmung, die Festlegung der Bebauungsplanpflicht und die Ausweisung von Aufschließungsgebieten und später dann von Ausschließungszonen.

Für die im Rahmenplan dargelegte Nutzung sind noch viele Vorleistungen, wie zum Beispiel der ÖV-Anschluss, zu erbringen. Da derartige Infrastrukturmaßnahmen sowohl zeit- als auch kostenintensiv sind, ist damit zu rechnen, dass die Aufschließungserfordernisse nur mittel- bis langfristig realisiert werden können. Deshalb soll weiterhin intensiv an den Planungsgrundlagen und an Realisierungskonzepten gearbeitet werden. Ohne entsprechende Kooperationen mit dem Eigentümer sind, wie wir alle wissen, die Ressourcen der Stadt Graz jedoch sehr beschränkt. Eine etwaige zukünftige enge Kooperation mit dem jeweiligen Eigentümer könnte dazu beitragen, dass die Aufschließungserfordernisse auch relativ rasch erbracht und umgesetzt werden können. Soviel zum ersten Punkt von unserem Antrag, in unserem zweiten Punkt geht es um die Frage der Zwischennutzung des Areals, die aus grüner Sicht jedenfalls anzustreben ist, ganz unabhängig davon, wie es mit dem Areal als Gesamtem weitergeht.

Wir haben auch einige Beispiele im Antrag angeführt, die wir als dringend und auch als wichtig erachten. Räumlichkeiten für Kunst- und Kultur, die Frage der Festwiese, die wir heute schon erläutert haben, auch die Grillplätze, hier gibt es einen dringlichen Antrag, der immer noch seiner Umsetzung harrt. Urban Gardening, einige von Ihnen werden es wissen, es gibt sehr viele Gartlprojekte in der Stadt in einzelnen Bezirken teilweise schon, auch mit dem interkulturellen Garten, die sich immer einer größeren Beliebtheit erfreuen und wo wir zusätzliche Flächen brauchen. Natürlich geht es auch um Radrouten und Fußdurchwegung und uns auch ganz wichtig ist die Frage der Nutzung für unterschiedlichste verschiedenste Sportarten. Klar ist natürlich, dass es nur eine Zwischennutzung sein kann, weil das Areal wird entwickelt, man muss natürlich auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt klar machen, dass es Projekte sind, die nur für eine gewisse Dauer, für eine gewisse Zeit allerhöchst

wahrscheinlich zur Verfügung stehen. Außerdem wäre uns wichtig, dass es hier ein gemeinsam, also ein Nutzungskonzept gibt, wo man darauf Rücksicht nimmt, dass es einfach unterschiedliche Bedürfnisse gibt von unterschiedlichen Zielgruppen, die diesen Ort nutzen möchten und daher auch alle Stadtregierungsmitglieder in so eine Überlegung, wie man das Areal nutzen könnte, eingebunden werden sollten. Ich komme jetzt zu meinem Antragstext und möchte vorher noch anmerken, dass es extrem unangenehm ist, wenn man hier heraußen steht und alle sich unterhalten, herumgehen und nur wenige sind, die zuhören. Ich sehe nickende Zustimmung, danke für dieses.

Der

### **dringlichen Antrag:**

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, rasch geeignete Schritte zur Sicherung der Interessen der Stadt Graz betreffend das Reininghausareal zu veranlassen. Dazu zählt insbesondere – nach positiver rechtlicher Prüfung auch finanzieller Haftungsfragen – die unverzügliche Erlassung einer Bausperre gemäß § 33 Raumordnungsgesetz durch den Gemeinderat, um eine nicht dem künftigen Stadtentwicklungskonzept entsprechende Nutzung des Areals zu verhindern. Weitere Alternativen, die den Abverkauf des Areals verhindern können, sollen ebenfalls geprüft werden. Über die Ergebnisse dieser Prüfungen ist in der Gemeinderatssitzung im Oktober 2011 zu berichten.

An weiteren notwendigen Schritten, wie beispielsweise der Erlassung einer Bebauungsplanpflicht und der Ausweisung von Aufschließungsgebieten samt umfangreicher Aufschließungserfordernisse, soll weiterhin intensiv gearbeitet werden.

2. Im Zusammenhang mit der Zwischennutzung. Finanzstadtrat Gerhard Rüschi wird beauftragt, mit den Eigentümern des Areals in Verbindung zu treten, um etwaige Möglichkeiten einer zwischenzeitlichen Nutzung der Reininghausgründe, sowohl Flächen und auch Gebäude, durch die Stadt Graz zu verhandeln. Unter Einbindung aller Mitglieder der Stadtregierung und koordiniert von Stadtrat Rüschi ist ein Konzept für die Zwischennutzung des Areals mit besonderer Berücksichtigung der im Motivenbericht bereits genannten Vorschläge zu entwickeln. Über die Ergebnisse der Beratungen sowie die Möglichkeiten der Zwischennutzung des Areals ist dem Gemeinderat bis spätestens Jänner 2012 ein Informationsbericht vorzulegen (*Applaus Grüne*).

StR. Mag. **Müller** zur Dringlichkeit: Danke vielmals. Ich glaube, das ist ein Stück, das jetzt durchaus auch von Schwarz/Grün einfach beschlossen werden könnte.

GR. **Grosz**: Wir haben vereinbart, dass die zwei dringlichen Anträge zusammengezogen werden, beide betreffen Reininghausgründe, und es war so vereinbart. Reininghaus der Grünen und Reininghausgrund, weil sonst haben wir jetzt zwei Debatten hintereinander, Bausperre Grün, Ankauf Orange, daher bitte ich, dass man uns jetzt die Möglichkeit gibt, den dringlichen Antrag zu verlesen, damit wir das gemeinsam diskutieren, weil sonst haben wir heute zweimal Reininghaus-Tagesordnungspunkte, und es war auch so vereinbart. Aber es ist jetzt offenbar... Von den Grünen gibt es kein Problem, das sind die Antragsteller, wir haben es auch bis jetzt immer so gemacht, ich ersuche den Vorsitzenden, die zwei Dringlichen vielleicht zusammenzuziehen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf ich Sie kurz informieren, bevor der Gerald Grosz seinen Antrag stellt. Das ist selbstverständlich möglich, meine Botschaft, die ich bekommen habe, war, dass sie nicht gemeinsam behandelt werden sollen, sondern hintereinander, es steht dem Gerald Grosz, dem Gemeinderat Grosz, selbstverständlich frei, einen Antrag zu stellen, ob sie gemeinsam behandelt werden sollen, dann können wir drüber abstimmen, wenn ja, dann schon und wenn nein, dann werden die beiden Anträge hintereinander behandelt.

GR. **Grosz**. Ich stelle formell den Antrag, so wie es eigentlich immer gute Gepflogenheit und Usance war, müssen wir es heute offenbar wegen der ÖVP-Fraktion auch formell machen. Ich stelle den Antrag, den dringlichen Antrag des Gemeinderates Grosz betreffend sofortiges Handeln mit dem dringlichen Antrag der Gemeinderätin Jahn und der Grünen betreffend Bausperre Reininghausgründe, beide thematisch gleich, zusammenzuziehen und gemeinsam zu verhandeln.

***Der Antrag von GR. Grosz wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

StR. Mag. **Müller**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist so, dass mit der Entwicklung des Reininghausareals damals noch mit einer Entwicklungsgesellschaft Graz West bereits vor 1997 begonnen worden ist. Und wenn wir jetzt nach so vielen Jahren, wo an diesem Areal gearbeitet wird, wo geplant wird, wird jetzt die Verhängung eines Baustopps geprüft. Wahrscheinlich, um Zeit zu gewinnen, aber ich frage, um Zeit zu gewinnen wofür? Ich kann mir nur vorstellen, dass man mit diesem Baustopp, mit der Überprüfung eines Baustopps dort über die nächste Gemeinderatswahl kommen will. Anders kann ich mir das nicht vorstellen. Und ich

frage, welches Signal ist es für Investoren, wenn wir Baustopps dieser Art überhaupt so zur Prüfung bringen? In einer Zeit, wo ein Saubermacher nach Feldkirchen geht, die Christoph Group geht nach Gratkorn, allein was wir dort an Steuereinnahmen für die Stadt verlieren, was wir an Kommunalsteuer verlieren, wir brauchen dieses Geld sehr dringend, ich glaube, das ist kein Weg, wir signalisieren hier was vollkommen Falsches, wir brauchen in Graz diese Arbeitsplätze und ich weise deshalb ausdrücklich hin auf die Gefahren, die so ein Baustopp bringt und allein, dass man das jetzt hier so in den Gemeinderat einbringt, glaube ich, ist ein verfehltes Signal und deshalb werden wir auch diesem Stück selbstverständlich nicht zustimmen (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, Kolleginnen und Kollegen! Eines ist klar, wenn Graz so weiter tut, dann vergeht auch jegliche Chance jemals noch als Partner bei der Entwicklung dieses Areals in Frage zu kommen. Zuerst verhandelt die Stadt, dann bringt sie nichts zusammen, beschließt dann einstimmig einen Rahmenplan, an den sie sich selbst nicht hält und scheitert permanent in Verhandlungen. Und möchte dann, und das ist anscheinend die Konsequenz daraus, in einer...

*Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GR. Mag. Sippel (Ende der Wortmeldung), GR. Eber und der Beginn der Wortmeldung von GR. Mag. Mariacher nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).*

GR. Mag. **Mariacher**: ....mit dieser Mär der Filetierung aufräumen, weil es kann ja wohl nicht erwartet werden seitens der Stadt Graz, dass die Gesamtfläche im Eigentum eines Einzigen bleibt, das mag zwar derzeit wunderschön sein, dass man einen einzigen Ansprechpartner hat, aber nirgendwo sonst hat man für diese Fläche

einen Eigentümer und das ist das Logischste, dass jemand auch danach trachten kann, mit seinem Eigentum anders umzugehen und einen entsprechenden Verkauf oder auch Nutzung im Rahmen der gegebenen Widmungen, ich glaube, der Kollege Topf wird mir Recht geben, auch diese Widmungen im Rahmen des gegebenen Flächenwidmungsplanes auch zu nutzen und daher weise ich aus diesen, auch rechtlichen, Bedenken, die ich hier einbringe, auf die ich deutlich hinweise, klar zurück, dass ich diesen Antrag inhaltlich und der Dringlichkeit wegen ablehne.

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion ist jetzt auf einem Niveau geführt worden, die ich und dieses Niveau möchte ich wieder auf eine sachliche Ebene zurückbringen. Es ist tatsächlich so, dass im Raumordnungsgesetz, ich muss euch leider ein bisschen korrigieren, § 33 nach dem Raumordnungsgesetz 1974 ist nicht mehr aktuell, sondern § 9 des Raumordnungsgesetzes 2010, ich möchte das nur dazusagen, weil im alten Raumordnungsgesetz ja der Entwicklungsplan nicht einen Verordnungscharakter hat und auch gar nicht im Raumordnungsgesetz erwähnt war. Also der § 9 wäre der richtige Paragraph, der allenfalls eine Bausperre nach sich ziehen könnte. Ich möchte noch einmal zur Versachlichung des Themas ansprechen, was tatsächlich im Gesetz Voraussetzung ist, um eine Bausperre überhaupt erlassen zu können (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es scheint mir deshalb wichtig die Diskussion, weil natürlich im Ausschuss, im „Reininghausausschuss“ sage ich unter Anführungszeichen, aber auch in den Diskussionen zwischen den Koalitionspartnern sehr ausführlich über dieses Instrument gesprochen wurde. Ich darf ganz kurz den Gesetzestext zitieren, weil mir das sehr wichtig erscheint. Der Gemeinderat hat, wenn bis zur Sicherung der Zielsetzungen eines zu erlassenden örtlichen Entwicklungskonzeptes, das ist jetzt das neue im Raumordnungsgesetz 2010, Flächenwidmungsplanes oder Bebauungsplanes notwendig ist, für das gesamte Gemeindegebiet oder für Teile eine Bausperre zu erlassen. Wir sind momentan in



einer nicht unheiklen Situation, was das Reininghausareal betrifft. Sie wissen ganz genau, dass dieser von uns zuerst einmal angedeutete weiße Fleck im Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes von der Oberbehörde verneint wurde, also wir müssen was ausweisen und derzeit ist die Situation so, dass wir natürlich in Diskussion stehen, insbesondere auch im Ausschuss und mit den Raumordnungssprechern, ob jetzt tatsächlich der Rahmenplan 1 : 1 in das Stadtentwicklungskonzept aufgenommen werden sollte, das würde bedeuten, dass wir schon einem zukünftigen Käufer oder Verkäufer ja etwas anbieten, wo wir vielleicht auch finanziell gar nicht mithalten können, ich sage das nur dazu, weil das wäre die finanzielle Komponente, die zu berücksichtigen ist, oder auf der zweiten Seite belassen wir das, so wie es jetzt ist, dann hat die Bausperre insoferne keinen Sinn, weil ja natürlich jeglicher Bauwerber, der innerhalb der bestehenden Widmung bauen will, selbstverständlich nicht durch die Bausperre betroffen ist, auch da möchte ich noch einmal den Unterschied zwischen Baustopp und Bausperre, das ist ja ohnedies schon gesagt worden, herausarbeiten. Also Bausperre bedeutet nur, dass, wenn klar ist, was die Stadt Graz für diesen Bereich will, dann kann sie tatsächlich noch immer, allerdings nach ROG § 9 zum jetzigen Zeitpunkt für nicht zielführend (*Applaus ÖVP*).

*Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von GRin. Jahn und GR. Grosz nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung).*

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.***

***Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 6) Sofortiges Handeln der Politik in der Causa Reininghaus-Gründe

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Die steirische Landeshauptstadt Graz hat im Rahmen der Projektierung der sogenannten Reininghausgründe nach Jahrzehnten die einmalige Chance, einen ganzen Stadtteil von Graz neu und von Anbeginn an zu entwickeln.

Binnen eines Jahres ist die für die Reininghausgründe geplante „Vision“ mehrfach geplatzt. Waren es zuerst die gescheiterten Pläne von Asset One, ist nun durch eine offensichtliche Zerstückelung der Flächen auch der jüngste Investor Douglas Fernando abgesprungen.

Der Vorschlag des BZÖ war es daher, dass die Stadt die Reininghaus-Gründe übernimmt und diese dann gemeinsam mit neuen Investoren nach den Wünschen der Stadt weiterentwickelt. Die relativ problemlose Umsetzung der Projekte der Ski-WM 2013 in Schladming zeigt, wie wichtig es ist, dass von - der Stadtentwicklung aus gesehen - wichtige Grundstücke im Eigentum der öffentlichen Hand sind.

Das bisherige Geschehen rund um die Reininghausgründe erinnert zumindest immer mehr an ein Possenspiel und groß angelegte Manöver mit zahlreichen Teilnehmern. Statt diese einmalige Chance der Stadtentwicklung zu nutzen, sind die Grazer Bürgerinnen und Bürger mit Meldungen und darauffolgenden Dementis im Wochenabstand konfrontiert. Trotz mehrfacher Warnungen des BZÖ im Juli 2011 hat sich die Situation für die Stadt Graz im Bezug auf die Reininghausgründe einmal mehr verschlechtert.

Der couragierte Koalitionsprogrammpunkt „Reininghaus Ökostadt“ ist durch herumkaspernde Nichtakteure längst diskreditiert, weil man im Umkreis der Stadtregierung keine Haltung zum eigenen Programm einnimmt. Der Gemeinderat

wird hinsichtlich seiner ernsthaften Absicht schlicht „gepflanzt“. Auch über den Sommer ging das „Affentheater“ betreffend die Reininghausgründe weiter.

Bevor die Stadt Graz nicht als Eigentümer aufscheint, geben sich Mächtigen, Immobilienspekulanten und Glücksritter die Türklücken in die Hand, und der Gemeinderat ist zu untätigem Zuschauen verdammt.

Ziel muss es sein, dass die Stadt Graz die Reininghausgründe übernimmt und gemeinsam mit – von der Stadt selbst einzuladenden – Investoren stufenweise nach den Wünschen und Vorstellungen der öffentlichen Hand entwickelt.

Da die Stadt Graz ohnedies 2 bis 2,5 Millionen Euro pro Hektar in die Infrastruktur des Stadtteils investieren muss – so Stadtrechnungshofdirektor Dr. Riegler – aber auch bei „reiner Privatentwicklung“ zu Infrastrukturinvestition in ähnlicher Höhe genötigt werden würde (Schulzentrum, Straßenbahn, Bus, Grünflächen, soziale und kulturelle Einrichtungen...) muss an diese Sache mit einem logischen, nachvollziehbaren, nachhaltigen und vor allem vernünftigen Rahmenplan herangegangen werden.

Daher stellt der unterfertigte Gemeinderat folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt die Möglichkeit, im Rahmen der Projektierung der Reininghausgründe stadtentwicklerisch autonom tätig zu werden. Ziel der Stadt Graz ist daher die sofortige Übernahme der Reininghausgründe in das städtische Eigentum bzw. in den Einflussbereich der Stadt.

2. Der Finanzreferent der Stadt Graz wird umgehend aufgefordert, gemeinsam mit dem Bürgermeister, der Vizebürgermeisterin und Verkehrsreferentin und in Abstimmung mit den Gemeinderatsausschüssen (Raumordnung und Bau, Stadtentwicklung, Reininghaus) mit der bekannten Gläubigerbank von Asset One Verhandlungen über eine Übernahme der Reininghausgründe aufzunehmen. Über diese Verhandlungen soll der zuständige Finanzreferent dem Gemeinderat in seiner Sitzung im Oktober 2011 berichten.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Stadtrat, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren als Sozialdemokratie seit eh und je für die Entwicklung des Grazer Westens. Wir waren für die Entwicklung der Reininghausgründe, wir haben unterstützt den Rahmenplan, weil er uns vernünftig, ökologisch und produktiv erschienen ist. Der Motivenbericht und die Zeitungsberichte, die da zitiert werden vom Georg Schröck und Gerald Grosz, geben hier immer auch als Kommentar her für ein Sittenbild der Entwicklung oder der vermeintlichen Entwicklung. Ich sage das nur, weil wir tragen die Verantwortung gerne mit, wenn wir ernsthaft eingebunden sind, wenn Stadtregierungsitzungen, wenn Reininghausausschüsse nicht zum Blabla und zum Palaver verkommen, sondern wenn ernsthaft der Miteinbau der Mitinformation seitens der schwarz/grünen Koalitionsregierung vorhanden ist. Wir tragen es gerne mit, wenn wir mehr wissen, wenn wir mehr eingebaut sind und wir tragen gerne die Verantwortung, schultern wir gerne mit. Der Antrag von Schröck und Grosz wird nicht richtiger, wenn wir ihn zum zehnten Mal vortragen. Die Konsequenz der Zielrichtung des Ankaufs tragen wir nicht mit, deswegen werden wir der Dringlichkeit und natürlich auch dem Inhalt nicht die Zustimmung geben, weil wir wollen eine ernsthafte, sachliche koordinierte Vorgehensweise und wir bitten darum und wir ersuchen darum politisch gesehen, bevor wir in den Wahlkampf des nächsten Jahres kommen, gemeinsam uns

zusammensetzen und die Reininghausgründe gemeinsam als Projekt zu erschließen. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.20 Uhr den Vorsitz.***

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Antrag muss natürlich Kollege Grosz und Schröck aufpassen, dass sie nicht in blanke Effekthascherei wirklich abgleiten, weil es ist nicht ernst zu nehmen. Auf der einen Seite sind vom Kollegen Grosz genannt worden, was man dort alles machen könnte und was wunderschön wäre für die Stadt Graz und wie viel das kostet, und im nächsten Gemeinderat wird er wahrscheinlich sagen oder im übernächsten, wenn der Budgetgemeinderat ist, wird er wahrscheinlich sagen, wir haben kein Geld, wir sind Neger, pleite, wie auch immer, ich glaube, das wollte er sagen und das passt hinten und vorne nicht zusammen. Es spricht gar nichts dagegen, für die eine oder andere Maßnahme, die die Stadt Graz auf diesem Areal wirklich zwingend vorhat, in Zukunft in entsprechende Gespräche einzusteigen, das eine oder andere umzusetzen. Das ist meine politische Linie als unabhängiger Gemeinderat, aber wir müssen den Tatsache auch ins Auge sehen, dass wir, wenn wir einen Verschuldungsrad von knapp 1,1 Milliarden Euro, und wo wir uns heute wie ein Haftelmacher gefreut haben, dass wir uns einen halben Prozent Zinsen erspart haben bei einem 27-Millionen-Euro-Kredit, einfach so, weil es ein dringlicher Antrag des Herrn Grosz ausmacht, 200 Millionen Euro auf den Tisch legen, immerhin 20 % der Summe des Gesamtschuldenstandes des Hauses Graz, um hier so eine Maßnahme wirklich vom Zaun zu brechen, um in der nächsten Gemeinderatssitzung massivste Abgabenerhöhungen usw. einzuführen, damit wir in Zukunft auf dem Kapitalmarkt überhaupt eine Refinanzierungsmöglichkeit haben. Ich glaube, das ist absolut unseriös, das kann man nicht gutheißen und wir brauchen entsprechende

Sparkonzepte und entsprechende Konsolidierungsschritte, intelligent gemacht und keine orange heiße Luft, die den Leuten etwas vorgaukelt, was wir nicht halten, nicht erfüllen können. Danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zu dem Antrag von Gemeinderat Grosz. Ich möchte meine Meinung nicht verhehlen, dass ich ebenfalls der Meinung bin, dass, wenn wir ernsthaft darüber nachdenken, wie wir Reininghaus am besten nach unseren Vorstellungen entwickeln können, dass weder Bausperren noch Bebauungsplanpflicht, noch andere Maßnahmen helfen, außer es gibt die Möglichkeit, mit Eigentümern mitzusprechen oder jedenfalls im Bereich des Eigentums zu einer klaren Mitgestaltungsmöglichkeit zu kommen. Insofern denke ich, ist der Ansatz durchaus richtig. Aber ich finde es auf der anderen Seite einfach nicht klug, wenn man in dem Fall den Finanzstadtrat, wen auch immer, mit Bürgermeister und Vizebürgermeisterin auf den Weg schickt mit einem Beschluss des Gemeinderates und sagt, verhandelt ihr bitte über den Kaufpreis und über den Kauf von Reininghaus. Zunächst freue ich mich durchaus über den Antrag, weil vor einem halben Jahr hieß es noch anders, da war der liebe Kollege Rüsch nicht fähig, irgendetwas in diese Richtung zu tun, ich habe es heute auch wieder gehört, also hier in diesem Antrag zumindest das Vertrauen ausgesprochen zu bekommen, dass man das tun könnte und tun kann, ist durchaus erfreulich. Aber ich kann es noch einmal sagen, ich denke, was wir tun sollten, das ist, dass wir unsere Beobachtungen verstärken, dass wir durchaus auch in Gespräche eintreten, um die Lage zu sondieren, um zu sehen, ob es möglicherweise für die Stadt gemeinsam mit anderen, wie auch immer, eine Chance gibt, aber einen Beschluss zu fassen hier im Gemeinderat, um zu sagen, ihr von der Stadtspitze geht bitte zu verhandeln, das ist uns klar, das ist einfach taktisch völlig falsch und würde letztlich nur den Preis für Reininghaus verteuern, wahrscheinlich um eine zweistellige Millionenzahl. Aus diesem Grunde lehnen wir die Dringlichkeit von diesem Antrag ab, ich sage aber gleichzeitig dazu,

dass wir durchaus, und das betrifft auch den Antrag der Grünen, diese Gespräche in Hinkunft durchaus verstärken wollen, um einfach zu sehen, nachdem eben der Verkauf an Dr. Fernando offensichtlich nicht zustande kommt, um einfach zu sehen, welche Möglichkeiten die Stadt hat und auch um unsere Möglichkeiten hier bestens und optimal zu nutzen, das ist das Angebot, aber wie gesagt, mit Verhandlungen auf den Weg geschickt zu werden, lehnen wir ab. Aus diesem Grunde eben auch ein Nein zur Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Wir können sehr gut anschließen dort, wo Stadtrat Rüschi jetzt seine zentrale Aussage getätigt hat. In der Öffentlichkeit anzukündigen, dass wir hohes Interesse am Erwerb dieser Grundstücke hätten, würde sicher den jetzigen Eigentümer beziehungsweise den Banken dahingehend die Idee näher bringen, die preisliche Vorstellung nach oben zu schieben. Und die Stadt war schon in sehr gut verlaufenden Verhandlungen mit Asset One; durch reine Unzuverlässigkeit beziehungsweise einen überraschenden Schachzug von Herrn Scholdan kam der Abschluss dann eigentlich nicht zustande, wie wir alle wissen...

**Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: *Ihr wart euch nicht einig in der Koalition.***

GR. **Dreisiebner**: Wir waren uns schon einig in der Koalition, das ist nicht der Punkt. Auf einmal ist jemand aufgetaucht, das war der angebliche Käufer, den es jetzt scheinbar nicht mehr gibt, allem Anschein nach nicht mehr gibt. Wir sehen aus dieser Begründung heraus keine Dringlichkeit und werden auch inhaltlich nicht zustimmen,

ich möchte aber noch abschließen damit, um eine Sicherung der Interessen der Stadt weitestgehend möglich zu machen, wäre eben unser Zugang der Bausperre, der leider hier nicht die Dringlichkeit erhalten hat, der richtige Weg gewesen, denn da hätten wir mit Auflage Stadtentwicklungskonzept etc. dementsprechend agieren können und dementsprechend in unserem Sinne eine Entwicklung steuern können (*Applaus Grüne*).

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben oder sagen wir so, ich möchte zuerst eigentlich noch einen Satz sagen zum Kollegen Sippel in der vorigen Diskussion. Du hast gesagt, die Stadt hat versagt in diesem Punkt bei den Reininghausgründen. Ich bin der Meinung, die Stadt hat nicht versagt, es haben vielleicht einzelne Stadtpolitiker vielleicht da und dort einmal den Mund zu voll genommen, aber grundsätzlich muss ich schon sagen, also die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadtbaudirektion, des Stadtplanungsamtes, die haben wirklich sehr gute und hochqualifizierte Arbeit gemacht und dafür sollte man ihnen auch danken (*Applaus KPÖ*). Was jetzt den Antrag des BZÖ anbelangt, wir haben zum einen den Stadtrat Rüscher gehört, ich meine, und das ist natürlich absolut richtig, also wenn man da einen derartigen Beschluss fasst, führt das natürlich unweigerlich dazu, dass der Preis nach oben geht, also ganz egal, wie man jetzt zu diesem Gesamtankauf jetzt auch stehen würde. Ich persönlich bin auch der Meinung, dass wir uns keinen finanziellen Blindflug in dieser Frage leisten sollen und gerade, wenn die Stadt deutlich verschuldet ist, dann ist es nicht Aufgabe und kann es nicht Sinn und Zweck sein, dass die Stadt hergeht und dieses gesamte Areal um 80, 70, 90 Millionen Euro, wie viel es dann auch immer wären, ankauft, weil es ja letztlich nur darum gehen würde dann, auch die Profitinteressen von privaten Investoren abzusichern, damit die nämlich nicht um ihr Geld umfallen, die Banken, die jetzt als Geldgeber erhalten müssen, und von daher meine ich, und in diesem Punkt, Gerald Grosz, gebe ich dir natürlich



völlig Recht, die Stadt hat genug gezahlt in der Vergangenheit und wir werden von da her dem Antrag keine Zustimmung geben. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz**: Also zum Kollegen der KPÖ, gerade um Profitinteressen hintanzustellen, wäre es wichtig, wenn wir das Zepter in die Hand nehmen, nicht um Banken zu entlasten, weil die wüssten dann schon, wie sie spekulativ wunderbar noch mit den Grundstücken ein Geschäft machen, erstens. Ich glaube es kann nur in unserem Interesse sein, den Antrag des BZÖ, den die KPÖ mitbeschlossen hat, 1000 Sozialwohnungen dort zu errichten,...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz**: Entschuldigung, haben wir den Antrag beschlossen, wisst ihr wann? Am 20. Mai 2010 mit Stimmen der KPÖ im Rahmen des Rahmenplans, dort diese dauerhaft...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz**: Ja, das war aber die Zahl und sie war auch im Antrag. Ok, wenn das eh nicht gewünscht ist, passt. Ich stelle fest, die KPÖ will keine zusätzlichen

Sozialwohnungen, ok, ich wollte sie. Ich wollte sie auch dort integrieren, weil wir auch am 20. Mai 2010 genau darüber gesprochen haben. Zum Kollegen Rüscher, was ich dir zutraue oder nicht, ist auf einem anderen Blatt geschrieben, aber dein Scheitern würde sich manifestieren, wenn du gar nichts tust, dann bist du tatsächlich gescheitert in diesem Bereich und du kannst das auch nur beweisen, wenn du in diesem Bereich etwas tust, wo du für diese Stadt als Finanzreferent auch die Mittel lukrierst, dass wir dann im Regress mehr Mittel zurückbekommen, wenn wir das richtige mit diesen Grundstücken tun. Zum Kollegen Mariacher. Politische Demenz ist das eine, aber vom 20. Mai 2010 bis heute, das ist bemerkenswert. BZÖ-Gemeinderat Mariacher verfasst folgende Aussendung, nachdem das BZÖ auf meinen Wunsch hin, damals war ich noch der Chef, gesagt hat, wir stimmen dem zu, der Mariacher heraußen lang und breit erklärt, wie toll das ist, Reininghausgründe ankaufen, selber entwickeln und verfasst dann am nächsten Tag eine Presseaussendung: „Ich erachte diese gestern durch BZÖ-Initiativen erreichten Erfolge als Zeichen, dass die Vernunft wieder ein kleines Stück in den Vordergrund gerückt ist.“ Ich hoffe, die Vernunft kehrt auch durch die politisch geistige Demenz wieder bei dir retour, auch wenn du beim BZÖ nicht mehr bist. Man kann nicht immer, wenn man was tut, nicht nur die Partei wechseln, auch in Inhalten, das geht nicht. Und zum Kollegen Herper, der ein Referat hier eingeleitet hat mit, wir haben, wir waren, wir sind (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) immer als Sozialdemokratie für, ich weiß nicht, für was alles, wir haben, wir waren, wir sind, ihr werdet es nie haben und wenn ihr so weiter tut bei Reininghaus, werden wir die Reininghausgründe nicht entwickeln können, werden wir Reininghaus auch nicht haben, aber wir als Gemeinderat werden die Zeche zahlen, dass Investoren uns hier in den Gemeinderat hereinmelden werden, wir haben das und das dort geplant, Stadt Graz, ihr zahlt die Straße und baut sie auch gefälligst, weil wir tun ja was für die Wirtschaft. Genau das wird kommen und davor warne ich, weil wir als Stadt Graz keinen Fruchtgenuss haben, es ist schade, dass dieser dringliche Antrag keine Mehrheit findet, es wird mich aber nicht daran hindern, auch in Zukunft solche Anträge, gerade zu Reininghaus, einzubringen und mahnende Worte in dem Bereich zu richten (*Applaus BZÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **7) LUV braucht neue Sportfläche**

GR. Mag. **Fabisch** stellt namens von ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das alte Stadion des Lehrlingsunterstützungsvereins (LUV) in der Grottenhofstraße ist am Ende seiner Kapazitäten angelangt. 270 Jugendliche, vier Damen- und zwei Kampfmannschaften sind davon betroffen. Für das Training mussten die Mannschaften zuletzt auf Schulplätze ausweichen, da der eigene Trainingsplatz nicht mehr zumutbar scheint.

Der dringende Wunsch des Vereins wäre ein Areal weiter westlich in der Grottenhofstraße, hinter der Polizeikaserne. Der Klub hat bereits ein fertiges Konzept für einen Umzug ausgearbeitet, Finanzierung inklusive. Leider fehlt bis heute die Zustimmung des Landes, dem die besagten Gründe gehören.

Eine möglichst rasche positive Entscheidung würde dem Verein und damit hunderten Mitgliedern und Anhängern eine glückliche sportliche Zukunft sichern.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

**dringlichen Antrag:**

Die Stadt Graz möge eine Petition im Sinne des Motivenberichtes an das Land Steiermark richten, um die Interessen des LUV gegenüber dem Eigentümer zu unterstützen. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Jahn** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Tatsächlich ist es so, wie der Kollege Fabisch in seinem Antrag ganz richtig ausführt, dass der LUV schon seit etlichen Jahren unter ziemlichem Platzmangel am aktuellen Areal leidet. LUV macht extrem viel Nachwuchsarbeit und hat auch mehrere Frauenmannschaften, die auch sehr gut spielen, muss man sagen, was besonders erfreulich ist und wir wissen alle, dass es dort an allen Ecken und Enden irgendwie ein Platzproblem gibt. Wobei ich grundsätzlich zu deiner Wortmeldung anmerken möchte, dass ich es auch sinnvoll finde, wenn man die Schulsportplätze ganz generell nutzt, also von verschiedenen Vereinen, dass das seit dieser Periode möglich ist, finde ich, ist ein großer Fortschritt auch für den Sport, für die Zugänglichkeit von Orten, die halt ansonsten halt nur am Vormittag und nur für die Schulen zur Verfügung stehen. Zum Inhalt: Wir unterstützen das Anliegen, dass man dringendst Flächen für den LUV suchen muss. Als Grüne haben wir da auch schon mehrere Anträge, Anfragen und Sonstiges eingebracht hier im Gemeinderat, aber auch im Landtag. Wir haben uns auch darum bemüht, dass im STEK-Prozess weitere Vorbehaltsflächen vorgesehen werden für die sportliche Nutzung im Speziellen, da wir ja alle wissen, dass es einen großen, großen Bedarf gibt. Zum Inhalt ist zu sagen, womit wir ein Problem haben ist, dass es hier konkret um ein Grundstück geht, das zum Grottenhof gehört und wir wissen von Grottenhof, von der Schule selber, aber auch aus dem Büro vom Herrn Seitinger, wir haben extra heute noch einmal nachgefragt, ob unser Infostand eh noch aktuell ist, dass die Schule dieses Grundstück dort sehr dringend braucht und dass das auch von Landesseite her nicht in Frage gestellt ist, dass die Schule dieses Grundstück auch in Zukunft braucht. Es soll nämlich Folgendes passieren, der Bioernteverband will gemeinsam mit der Schule Grottenhof ein Kompetenzzentrum aufbauen, wo Bauern

und Bäuerinnen im Bereich Biogemüsebau ausgebildet werden sollen, und auch dieses soll dort in dem Areal stattfinden. Weswegen auch vom zuständigen Büro und von den Abteilungen im Land gesagt wurde, unbedingt brauchen wir diese Fläche auch in Zukunft, eigentlich würde der Grottenhof sogar noch mehr Flächen dort vor Ort brauchen und ganz klar wäre es auch Aufgabe von Seitinger und Voves, hier die Gespräche zu führen, insbesondere auch von Herrn Voves, dafür Sorge zu tragen, dass für den Verein ausreichende Ersatzflächen zur Verfügung gestellt werden. Ein weiteres Thema, das ich kurz ansprechen möchte, es ist im neuen STEK vorgesehen, dass diese Fläche bebaut werden soll, also überhaupt verkauft und als Bauland ausgewiesen werden soll, das ist etwas, was für uns Grüne so oder so nicht in Frage kommt, wir wollen, dass es ein Grünraum bleibt bei der Grottenhofschule; und selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, sind wir jedenfalls dagegen, dass diese Fläche hier bebaut wird. Als Grüne möchten wir daher einen Abänderungsantrag einbringen auch im Sinne des Anliegens vom Kollegen Fabisch, das ganz richtig ist: Um möglichst rasch und dauerhaft den Fortbestand des LUV – Lehrlingsunterstützungsverein zu sichern, wird das Stadtplanungsamt gemeinsam mit dem Sportamt der Stadt Graz und in Kooperation und Abstimmung mit dem Land Steiermark beauftragt, geeignete und möglichst nahe am derzeitigen Standort liegende Flächen zu suchen und dem LUV anzubieten (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Jahn! Dein Abänderungsantrag passt aber jetzt mit dem, was du gesagt hast, eigentlich nicht zusammen, weil doch deine Intention war, die landwirtschaftliche Fortbildungsanstalt Alt-Grottenhof in ihrer Substanz und ihrer Existenz und ihren Gründen zu erhalten.

*Zwischenruf GRin. Jahn: Deshalb sollen andere Grundstücke gesucht werden.*

GR. Mag. **Mariacher**. Also, wenn das damit gemeint ist, dass man andere Ersatzflächen woanders findet, dann bin ich zu hundert Prozent in diesem Fall bei dir, weil ich denke, dass der Bildungsstandort Graz sich nicht nur auf die universitären Einrichtungen beziehen sollte, sondern gerade jene Ausbildungsstätten, die landwirtschaftlich sind, die in Biolandbau reingehen, wo eine eigene Metzgerei dabei ist, wo auch Forstwirtschaft etc. gelernt wird und wir in dieser Schule auch wissen, dass an sich schon die Waldflächen zu gering sind und wir auch wissen örtlich, dass der Wohnbau relativ nah oder sehr dicht an einer Grenze schon an diese Liegenschaften von Alt-Grottenhof herangebaut worden sind, dass hier einfach eine weitere Verminderung der Flächen zu einer existentiellen Gefährdung dieser Fortbildungsanstalt führen würde. Graz würde diese einzigartige Schule mit diesem Ausbildungszweck wirklich verlieren und das darf nicht sein, dass hier zugunsten Sport, aber zulasten einer Fortbildungsanstalt hier eine Lösung gefunden würde. Ich bin daher voll dabei, dem LUV zu helfen, Ersatzflächen zu finden, aber nicht unter existenzgefährdender Bedrohung und Verlust von Ackerflächen etc., die dort für die Ausbildung von Landwirten, die aber auch später in andere Berufe gehen, einfach dringend benötigt werden. Danke.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Damen und Herern! Es ist unbestritten, dass auch wir seitens der ÖVP diesem Abänderungsantrag natürlich zustimmen werden. Der Verein ist tatsächlich an seine Kapazitätsgrenzen gelangt, wenn es darum geht, hier noch einen ordnungsgemäßen Vereinsbetrieb zu gewährleisten. Es steht im Raum, bereits keine Kinder- und Jugendlichen mehr aufnehmen zu können, das ist das

Letzte, was wir in dieser Stadt wollen. Ich möchte aber auch anmerken, dass die Stadt Graz den Verein seit jeher sehr massiv unterstützt hat, ich bringe in Erinnerung, das Grundstück des LUV gehörte der Wirtschaftskammer, dieses stand vor einigen Jahren zum Verkauf. Die Stadt hat es erworben für den Verein letztlich. Die Stadt Graz hat einige hunderttausend Euro in die Sanierung der Gebäude investiert und die Stadt Graz seitens des Sportressorts unterstützt natürlich den jährlichen Betrieb des Vereines. Ich hätte auch dem Antrag vom Herrn Kollegen Fabisch prinzipiell zustimmen können, ich empfehle aber Ihnen allen sehr gerne, dass wir dem Abänderungsantrag zustimmen, zumal dieser doch über diesen Antrag vom Herrn Kollegen Fabisch hinausgeht und weitere Möglichkeiten eröffnet. Im Zusammenhang mit der Schule erlaube ich mir eine persönliche Anmerkung und ich hoffe, dass im Zuge der folgenden Gespräche ich auch hier eine Aufklärung erfahre, wenn einerseits nach wie vor im Raum steht, das ehemalige sogenannte Musterland für den LUV zur Verfügung zu stellen, diese Fläche gehört ja auch in die Bewirtschaftung der Schule, auf der anderen Seite aber zu sagen, dieses jetzt gewünschte Grundstück, vom LUV gewünschte Grundstück steht nicht zur Verfügung, weil die Schule Flächen braucht, dann kann ich dem Ganzen nicht folgen, weil auch das Musterland ist nicht tatsächlich weit entfernt und könnte diesen Zwecken dienen. Aber ich gehe davon aus, dass die Gespräche, die folgen werden, auch in dieser Hinsicht Aufklärung schaffen werden und ich hoffe für den LUV natürlich als Sportreferent gemeinsam mit ihm, dass wir eine gute Grundstückslösung finden werden können (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Kollege Fabisch, vorerst ein herzliches Dankeschön, dass du dich mit in die Reihe jener eingereiht hast, die für den LUV kämpfen. Ich zähle mich selbst dazu weil seit 2005, glaube ich, gibt es das fertige Konzept vom LUV, das eigentlich, sage ich, für mich besonders ist, weil es ein Konzept ist, das eigenfinanziert aufgestellt ist und wo eigentlich nicht, wie sonst üblich, eben keine Gelder von Land

oder von Stadt beansprucht werden würden. Das war allerdings Basis 2005, wie es jetzt sechs Jahre später aussieht, kann man nicht mehr genau sagen. Auf jeden Fall ist das Projekt immer noch dringlich, sogar sehr, sehr dringlich, weil der Verein steht kurz davor, dass wirklich die ersten Mannschaften aufgelassen werden und das wäre angesichts dessen, was der Bürgermeister heute gesagt hat mit den Jugendproblemen, ein fatales Signal für diese Stadt. Die Rolle des Landes verwundert uns alle auch sehr, der Sportstadtrat hat es ja mitangesprochen, auf der einen Seite wird gesagt, dass dieses Grundstück unbedingt gebraucht wird, auf der anderen Seite wird die Umwidmung in Wohnen allgemein beantragt, ich glaube, dass diese Umwidmung so nicht stattfinden darf und wenn eine Umwidmung kommt, dann nur eine Umwidmung in Freizeit und Sport und sonst, glaube ich, müssen wir dagegen sein, der Bezirksrat hat es auch entsprechend beantragt. Ein bisschen verwundert mich auch deine Linie jetzt, Christine, weil ich weiß vom Verein, und du hast ja selber schon Anträge gestellt, dass du zuerst mit diesem Grundstück auch einverstanden warst...

***Zwischenruf GRin. Jahn: Das stimmt nicht.***

GR. Mag. **Haßler**: Also meine Information war so. Nichtsdestotrotz werden wir dem Abänderungsantrag folgen, weil uns die Einigkeit auch heute wichtig ist als Signal. Was aber im Vordergrund stehen muss, und das hat Teddy Eiselsberg auch richtig gesagt, es muss ein ideales Grundstück gefunden werden. Nämlich das jetzt vom Land angebotene Grundstück hinter dem Tennisparadies ist aus Sicht des Vereines nicht geeignet, weil die gesamte Nutzung dort nicht erfolgen kann, nämlich Tennis und Stocksport wäre nicht möglich. Außerdem gibt es mit Sicherheit Probleme mit dem Tennisparadies, weil die Tribüne würde dann vor dem Hotel sein und der ganze



Wirtschaftsstandort dort wäre aus meiner Sicht extrem abgewertet. Also das wäre sicher eher geeignet für diese Gartennutzung und nicht geeignet für diese Sportnutzung. Wichtig, wenn Ersatzflächen, dann nahe beim jetzigen Standort, damit die Bezirksidentität gewahrt wird, Jugendlichen aus der Nähe dort auch hinkommen können, öffentliche Erschließung vorhanden ist. Für mich auch wichtig, und da möchte ich mit dem enden, wie es im Konzept steht, da steht nämlich drinnen, der LUV und die Jugend im Grazer Westen braucht uns. Ich glaube, sie braucht uns sehr und sechseinhalb Jahre Reden ist genug, jetzt müssen wir handeln. Danke (*Applaus SPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Danke, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die verschiedenen Meinungen wurden dargestellt. Allen gemeinsam hier ist, glaube ich; klar, dass eine Umwidmung in Bauland nicht erfolgen darf, aber ich fürchte, die Stadtparteien sind mit ihren Vertretern im Land nicht immer einer Meinung. Liebe Christina, ich weiß, dass du dich für den LUV schön öfter stark gemacht hast auch hier. Ich glaube nur, dass unser Vorschlag hier, der der Vorschlag des Vereines auch war, ein konkreter ist, der auch die Chance der Verwirklichung meiner Meinung nach viel eher hätte, als wieder eine Möglichkeit zu suchen, die man am St.-Nimmerleinstag vielleicht in Angriff nehmen kann. Das fürchte ich und wir werden natürlich dranbleiben, wir werden uns der Mehrheit in diesem Saale anschließen, auch die Schule Grottenhof darf natürlich keine Einbußen erleiden, das ist klar, aber der Wunsch des Vereines muss, wie Kollege Haßler gesagt hat, nach sechs Jahren endlich einmal Erfüllung finden. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

***Der Abänderungsantrag von GRin. Jahn wurde einstimmig angenommen.***

## **8) Bettelverbot: ergänzende Maßnahmen**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Werter Herr Bürgermeister! Nach einem guten halben Jahr Bettelverbot in Graz und im Land ist es Zeit, dass man das Ganze einmal wieder betrachtet und nach dieser Zeit schon einmal erstmals abschätzen kann, welche Auswirkungen es tatsächlich hat.

Nach einer kurz andauernden Verbesserung der Zustände entstand bei vielen Bürgern leider die trügerische Illusion, dass mit diesem Bettelverbot ein wirkungsvolles Gesetz gegen das Betteln geschaffen wurde. Allerdings belegen oder belegten vor allem während der Sommermonate, und jeder, der mit offenen Augen durch die Stadt gegangen ist, konnte das auch wahrhaftig sehen, zahlreiche Bürgerbeschwerden, dass das Bettlerunwesen diesmal unter Anwendung anderer Methoden erneut Platz greift. Straßenmusikanten, die auf Plastik- und Kinderinstrumenten stümperhaft Tonfolgen zum Besten geben, offensives und aggressives Betteln in Gastgärten sowie angebliche Zeitschriftenverkäufer, die in Wahrheit nicht mehr aktuelle Ausgaben regionaler Gratiszeitungen verkaufen möchten, prägen leider wieder das Erscheinungsbild der Grazer Innenstadt. Etwaige Ähnlichkeiten zwischen ehemaligen Bettlern und den „neuen“ Künstlern erscheinen dabei nicht ganz zufällig. Die rechtlich bestens beratenen Bettlerbanden dürften also neue Wege und, das ist das Entscheidende und darauf gilt es zu reagieren, gesetzliche Schlupflöcher gefunden haben, um mit dem Mitgefühl der Grazer Bürger weiterhin Geschäfte zu machen.

Da es aber nun darum geht, zum Wohle aller Beteiligten eine gangbare, eine vernünftige Lösung zu finden, die es ermöglicht, das Bettelverbot in unserer Stadt wirkungsvoll umzusetzen, deshalb stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden ersucht, die gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen dahingehend zu überprüfen, ob diese ausreichend Handhabe gewährleisten, den im Motivenbericht geschilderten Zuständen Einhalt zu gebieten, um gegebenenfalls mit konkreten Vorschlägen und rechtlichen Anliegen an das Land Steiermark herantreten zu können und um gesetzliche Schlupflöcher zu schließen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Vertretern der Polizeidienststellen in Kontakt zu treten, um eine noch intensivere Überwachung des Bettelverbotes zu erreichen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Armin, ich verstehe, dass ihr das Thema fahrt, aber ich will mir das Bettler- oder wir wollen uns das Bettlerthema nicht aufs Aug drücken lassen. Es gibt eine Entscheidung des Landesgesetzgebers, neutral betrachtet hat sich das Stadtbild verändert, ob man dafür oder dagegen ist, muss jeder für sich selber entscheiden, wir alle harren und warten der Entscheidung des Höchstgerichtes, ob das zulässig ist oder nicht zulässig ist. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass die Zusage der Klubobleute im Land Gültigkeit hat, dass es im Landtag Unterstützungs- und Solidaritätsaktionen und Hilfsaktionen geben wird für die Betroffenen vor Ort, Sissi, auch für deine Aktion und ich sehe keinen Anlass, und wir sehen keinen Anlass derartige Aktionen, wie ihr sie fordert, und Aktivitäten zu unterstützen, deswegen Dringlichkeit nein, Inhalt nein. Danke.

GR. Dr. **Piffi-Percevic**: Herr Bürgermeister, werte Kollegen! Ich darf mich anschließen, was schon Karl-Heinz Herper auch gesagt hat. Im Land ist diese Maßnahme

beschlossen worden, wir haben eine Änderung, eine Veränderung auch in unserem Gefüge, in der Innenstadt speziell festgestellt, es ist sicher zu früh, hier ein abschließendes Urteil zu geben und, lieber Armin, in deinem Antrag sind lauter Redwendungen aneinandergereiht, aber kein einziger Missstand beim Namen genannt, der offensichtlich nach deiner Meinung bestünde,...

***Zwischenruf GR. Mag. Sippel unverständlich.***

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Es hat sich die Situation signifikant geändert, es wird noch Zeit sein, das auch genau zu erheben, wir sehen derzeit keine Veranlassung, wir haben heute schon ein klares Bekenntnis gegeben, dass die Polizei gestärkt wird in unserer Stadt, wir haben derzeit sozusagen Hot-Spots auch ausgemacht. Im Moment ist dieser Bereich nichts davon, danke, wir werden daher diesen Antrag ablehnen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann**: Im Namen der Fraktion der Grünen - ALG, nein, nein (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Danke Kollegen Baumann für seinen kurzen Beitrag und sehr schlüssigen auch. Kollege Piffli-Percevic hat gesagt, er hat bis heute noch keinen Missstand feststellen können. Es liegt vielleicht oder auch im Antrag nicht und die Zeit ist viel zu kurz, dass man diese Regelung evaluieren könnte und hin und her. Jetzt erkläre ich dir einmal, was es für einen Missstand gibt in dieser Stadt und der sich die letzten

Monate sehr schwer manifestiert hat, der zugegebenermaßen nicht in diesem Antrag näher erläutert worden ist, das stimmt, aber den es gibt, wer mit offenen Augen durch diese Stadt geht. Was ist passiert, wie das Bettelverbot in Kraft getreten ist? Das Bettelverbot tritt in Kraft und es setzen sich fünf prominente oder weniger prominente Persönlichkeiten der Stadt Graz auf den Boden und machen ein Schaubetteln, alles kein Problem, fällt bei mir unter das Motto der Demonstration, auch der politischen Demonstration und ist auch als solches zu bewerten und komplett in Ordnung. Aber was passiert dann? Ein Teil dieser sogenannten organisierten Bettler, die wir ja hatten, nach wie vor haben, haben wir jetzt tatsächlich organisiert, indem sie zwei Monate alte Zeitschriften irgendwie versuchen unter den Mann zu bringen, nicht einmal die aktuellen, sondern irgendwo aus dem Mistkübel herauszupfen und dann mit einer Hand die zerknüllte Zeitschrift einem ins Gesicht halten und mit der anderen Hand die Hand aufhalten. Nicht einer, nicht zwei, sondern am Straßenzug vom Eisernen Tor bis zum Hauptplatz 14 an guten Tagen und bei schönem Wetter, das gebe ich zu. Und was haben wir weiter? Wir haben natürlich auch aus diesem Bereich der organisierten Bettler hochmusikalische Personen plötzlich bekommen, sie haben sich Plastik-Vuvuzelas gekauft, sie haben sich Instrumente angeeignet, die man aber nicht im Fachladen für Instrumente bekommt, sondern Kinderspielzeug in die Hand genommen und sie betätigen sich jetzt im Rahmen der Straßenmusik, auch unter dem Motto Katzenjammer. Ich habe jetzt unlängst, weil mir immer unterstellt wird, ich würde gegen die Straßenmusikanten sein. Da gibt es in der Sporgasse eine wunderbare Harfenspielerin, auch mit ihrer Familie, sind alle Straßenmusikanten, ihr Ehemann und das Kind auch, die hatte ich dann zu Gast beim 70. Geburtstag meiner Mutter, weil sie so gut waren, exzellente Straßenmusiker, wir haben hier die Jazzband am Hauptplatz, exzellente Straßenmusiker. Wir haben sehr viele internationale junge Straßenmusikerinnen und -musiker, die auf der Straße stehen und ihre Kunst ausüben zum Wohlgefallen aller Bürgerinnen und Bürger. Und die leiden jetzt mit, weil wir das Bettelproblem so in den Griff bekommen haben, dass wir einfach die Problematik verlagert haben und jetzt sogenannte Bettelstraßenmusikanten haben, die zwar kein Musikinstrument

beherrschen, aber weiterhin ihrer Profession als Berufsbettler weiter nachgehen, das ist nicht die Lösung des Problems. Daher noch einmal der Vorschlag, endlich darüber zu diskutieren, wie wir die Straßenmusiker gut auf einem qualitativ hohen Niveau hier in Graz endlich installieren...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Eigene Musikschule.***

GR. **Grosz:** ...in Zukunft auch geregelt und das Zweite, dass wir endlich die organisierte Bettelkriminalität in den Griff bekommen, dass wir jetzt evaluieren und nicht erst in zwei, drei Monaten oder im nächsten Frühjahr, ich halte das für eine richtige Vorgangsweise, wir werden den Antrag der FPÖ unterstützen (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Sippel:** Herr Bürgermeister! Es ist schade, dass ÖVP und SPÖ diesen weiteren notwendigen Schritt, nachdem ja das Gesetz beschlossen worden ist mit Mehrheit im Landtag, nicht gehen, die notwendige Nachjustierung hier, vor allem seitens der Stadtparteien, nicht getätigt wird. In Zeiten, wo man alles und jedes evaluiert, wäre es notwendig, dass man sich auch das genauer anschaut, um diese letztendlichen Missstände, die derzeit noch auftreten, und der Kollege Grosz hat sie auch angeführt, ich habe sie, falls es der Kollege Percevic nicht gelesen hat, auch in meinem Antrag diese drei Hauptpunkte angeführt, die halt die Erscheinungsform des modernen Bettelns sind und die könnte man leicht abstellen. Man könnte leicht diese Schlupflöcher schließen, ich sehe in Graz ist außer der FPÖ und dem BZÖ niemand dazu bereit. Danke (*Applaus FPÖ*).

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Stellt einen Antrag im Land.*

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Es wurde wieder vereinbart, dass sämtliche Anfragen und Anträge als eingebracht gelten, soweit für das Protokoll. Ich darf jetzt noch eine Einladung aussprechen: Wie Sie vielleicht schon vernommen haben, hat in den letzten zwei Tagen die Jury für den Wettbewerb der bosnischen Muslime getagt und eine Entscheidung getroffen. Dieses Bauprojekt wurde heute drüben vorgestellt im Media-Center, die Modelle sind da, auch die Pläne, wir werden jetzt im Anschluss daran drüben aufsperrern. Wer Interesse hat, diese zu sehen, ist herzlichst eingeladen.